Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259. Dienstag, den 5. November 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kommunale Arbeiterpolitik in Lübeck.

„Es käme dann dabei heraus, daß die Arbeiter die Herren werden und bestimmen können, was gemacht werden soll.“ (Wenn nämlich bei der Vergebung staatlicher Arbeiten den Unternehmern die Vorschrift gemacht würde, die zwischen Unternehmern und Arbeitern in Lübeck tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten.
Senator H. Evers in der Bürgerschaftssitzung am 27. 5. 07.

„Sehr richtig“ verzeichnet das Stenogramm nach den oben wiedergegebenen Worten des — wie man früher sagen würde — Hoch- und Wohlweisen Ratsherrn. Heute sagt man das nicht mehr. Man ist doch schon etwas weiter gekommen und selbst in Lübeck gibt es Leute, die einsehen, daß die in den oben zitierten Worten liegende Auffassung eine — wir wollen recht höflich sein — recht hinterwälderische ist. Wollten wir grob sein, so müßten wir sagen, daß es eine lächerliche Phrase ist, die da das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Es war kein falscher Zungenschlag, der da dem Herrn Senator passiert war, denn in den Worten und der Zustimmung, die sie in der Bürgerschaft fanden, da dokumentiert sich in der Tat die Auffassung, nach der in Lübeck die Arbeiterfragen behandelt werden. Oder auch nicht behandelt werden! Und das letztere dürfte das Zutreffende sein. Erst seitdem die Sozialdemokratie ihre Vertreter in der Bürgerschaft hat, ist das Gebiet, das wir unter dem Sammelnamen „kommunale Arbeiterpolitik“ zusammenfassen, in der Bürgerschaft in den Bereich der Erörterung gezogen worden. Bis dahin hat man sich noch niemals in unserem Stadtparlament mit den Verhältnissen der Arbeiter befaßt, weder mit denen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, noch mit denen der in der Stadt oder dem Staate ansässigen. In welchem Sinne von bürgerlicher Seite an die Erörterung der Arbeiterfragen herangetreten wurde, als sie von unseren Genossen dazu getrieben, sich mit ihnen beschäftigen mußten, zeigen die eingangs zitierten Worte und der Beifall den sie fanden.

Darnach ist es denn ja auch ausgeschlossen, daß die kommunale Arbeiterpolitik Lübecks anregend und beispielgebend für die privaten Betriebe gewirkt hätte. Im Gegenteil! Dem Streben der Arbeiterschaft nach Besserung ihrer Lebenslage ist der Staat bisher nur hemmend in den Weg getreten. Er hat für das Streben der Arbeiterschaft, durch den Zusammenschluß ihren Einfluß und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, kein Verständnis gezeigt, hat diesem Streben stets feindlich gegenüber gestanden. Wir brauchen da nur an das Streikpostenverbot unseligen Angedenkens zu erinnern, um das zu dokumentieren. Für die eigenen Arbeiter hat der Staat stets am liebsten das Koalitionsrecht ausgeschaltet, obgleich dieses doch die notwendige Ergänzung des freien Arbeitsvertrages ist. Des freien Arbeitsvertrages, der ja wenigstens formell auch für die vom Staat und der Stadt beschäftigten Arbeiter gilt. In Wirklichkeit achtet ja der Staat den freien Arbeitsvertrag noch weniger wie der Großunternehmer; er setzt einseitig die Arbeitsbedingungen fest, er diktiert einseitig die Löhne, er bestimmt und der Arbeiter hat zu gehorchen. Der Gedanke, daß, wenn zugunsten der Arbeiter Bestimmungen erlassen werden, diese die „Herren“ würden, beherrscht so sehr die Anschauung der leitenden Kreise, daß sie garnicht den Arbeiter als einen gleichberechtigten Kontrahenten ansehen können. So sind sie denn auch nie auf den Gedanken gekommen, dem Arbeiter eben ein Mitbestimmungsrecht im Rahmen der Arbeitsverhältnisse einzuräumen. Arbeiterausschüsse bestehen in Lübeck in keinem staatlichen Betriebe. Die staatlichen Betriebe stellen gewissermaßen einen autokratischen Staat dar, in denen die Verwaltung unbeschränkt herrscht, in denen vom Arbeiter Untertänigkeit gefordert wird. Bei diesen Zuständen darf man sich denn auch nicht wundern, wenn die Berichte der Verwaltungsbehörde der Arbeiterverhältnisse kaum einmal Erwähnung tun. Natürlich haben da unsere Genossen ein reiches Feld der Tätigkeit gefunden und sie haben getan, was zu tun war. Immer und immer wieder haben sie die Frage der Arbeiterpolitik angeschnitten — sehr zum Verdruß der Herren Senatoren und der Mehrzahl der Bürgerschaftsmitglieder. Was kümmerte die bisher dieses Gebiet? Und doch ist das ein recht großes Gebiet! Sehen wir zunächst einmal ab von allen Fragen der Arbeiterpolitik, die die in der Stadt oder dem Staat ansässigen Arbeiter zum Gegenstand haben. Betrachten wir nur einmal die von den Gemeindeanstalten beschäftigten Arbeiter. Es handelt sich daselbst in unserem doch nur kleinen Staatswesen um ein ganzes Heer von Arbeitern. Nach dem letzten Etat sind für die vom Staat und den Gemeindeanstalten beschäftigten Arbeiter nicht weniger wie 46 800 Mk. nur an Beiträgen für die drei Zweige der Sozialgesetzgebung — Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung — in Ansatz gebracht worden. Und diesem Heer von Arbeitern wird in den Verwaltungsberichten keiner Erwähnung getan. Die Bürgerschaft weiß absolut nichts über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter, nichts über die Betriebsverhältnisse, nichts über die Erkrankungs- und Unfallziffern.

Natürlich ist dieses der Gegenstand lebhafter Kritik durch unsere Genossen gewesen. Rechtlich sind Senat und Bürgerschaft die Arbeitgeber der vom Staat und den Gemeindeanstalten in Lübeck beschäftigten Arbeiter. Es ist unerhört, daß die Bürgerschaft, daß der Arbeitgeber, nichts über die Arbeiterverhältnisse kennt. Wenn ein privater Arbeitgeber sich in der gleichen Lage befinden würde, wenn ihm die Bedingungen, unter denen die Arbeiter seines Betriebes stehen, unbekannt wären, würde man mit Recht sagen, er erfüllt nicht die elementarsten Ansprüche, die an einen Arbeitgeber gestellt werden müssen. Von den angestellten Beamten weiß man ganz genau, was sie an Gehalt bekommen usw. Genau so wie diese im öffentlichen Dienst tätig sind, wie es die Beamten in der technischen Verwaltung und in der Leitung der Betriebe sind, sind auch die Arbeiter des Staates für die Öffentlichkeit tätig, stehen im Dienste der Allgemeinheit.

Auch aus rein finanziellen Gründen ist die kommunale Arbeiterpolitik von Bedeutung. Die Staats- und Stadtanstalten werfen alljährlich erhebliche Überschüsse ab. Das Prosperieren der Gasanstalten, des Elektrizitätswerkes hat für die Finanzen unseres Staates eine ganz erhebliche Bedeutung. Alljährlich werden aus den Überschüssen der Gemeindeanstalten zum mindestens 500 000 Mk. in die Einnahmeseite unseres Etats eingestellt. Ein Versagen dieser Betriebe aus Gründen der Arbeiterfrage würde für das Gleichgewicht unseres Budgets von erheblicher Bedeutung sein. Schon deshalb also hätten die Bürgerschaftsmitglieder sich mit den Verhältnissen der Arbeiter der kommunalen Betriebe zu befassen gehabt. Aber wie gesagt, das war eine Frage, für die bei den bürgerlichen Herren kein Verständnis war. Aber nachdem sie von unseren Genossen auf diese Fragen gestoßen waren, nachdem ihnen immer wieder gesagt war, das sei nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht, sich damit zu befassen, da hätte man doch ein Eingehen auf diese Fragen erwarten sollen. Und das mindeste, was die Bürgerschaft hätte tun müssen, wäre gewesen, die Anträge anzunehmen, die von unseren Genossen gestellt waren.

Diese hatten beantragt, den Senat zu ersuchen, der Bürgerschaft baldigst eine Vorlage für ein Regulativ der Dienst- und Lohnverhältnisse der staatlichen und städtischen Arbeiter und nicht etatsmäßig Angestellten entgegenzubringen und weiter den Senat zu ersuchen, ihr alljährlich mit dem Budget eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten des Staats und der Stadt zu unterbreiten und die gültigen Dienst- und Arbeitsordnungen zur Kenntnis zu bringen.

Das ist abgelehnt worden. Über diese Fragen wollten die Herren der Bürgerschaft nichts wissen. Von Senatsseite wurde gesagt, das hieße ja die Behörden ausschalten und die Bürgerschaft in die Funktionen derselben einsetzen. Und aus der Bürgerschaft wurde gesagt, es sei nicht erforderlich, daß sich die Bürgerschaft ohne Not um die Beamten- und Arbeiterverhältnisse bekümmere, es empfehle sich vielmehr, daß dieses den einzelnen Behörden und leitenden Beamten überlassen werde. Denen dürfe man nicht die Freude rauben, die Verhältnisse der ihnen unterstellten Arbeiter so zu regeln, wie sie es im Rahmen der bewilligten Mittel könnten. Als ob man den Beamten die Freude hätte rauben wollen! Aber ob eine Regelung der Verhältnisse der Arbeiter, so wie sie den heutigen Zeitverhältnissen entsprechen, möglich ist, ist garnicht zu sagen. Die Bürgerschaft weiß garnicht, ob die Mittel reichen und erst die durch die erwähnten Anträge gewollte Grundlage hätte ihr die Fähigkeit verschafft, das zu beurteilen.

Sonst ist's im allgemeinen so, daß die in städtischen und staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter sich wenigstens in finanzieller Beziehung etwas besser stehen, wie die in privaten Betrieben beschäftigten. Und das kann auch geschehen, ohne daß die Wirtschaftlichkeit des kommunalen Betriebes irgendwie gefährdet wäre. Diese Betriebe nehmen durchgängig eine Monopolstellung ein, sie haben mit keiner Konkurrenz zu rechnen und daher ist auch mit Recht zu fordern, daß der Lohn für städtische Arbeiter den der in der Privatindustrie übersteige. Sollen die vom Staat und der Gemeinde betriebenen Unternehmungen Musterbetriebe sein, sollen sie anregend, fördernd auf die Privatindustrie wirken, so muß die Stellung der in ihnen tätigen Arbeiter eine gehobene sein. Das sind Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sind. Sie sind auch noch auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongreß als die für die Städte maßgebenden bezeichnet worden. Aber hier in Lübeck gelten sie nicht, da konnte Senator Evers in der Bürgerschaft öffentlich sagen, daß, wenn für die von der Gemeinde und dem Staat vergebenen Arbeiten die Vorschrift bestände, daß die am Orte zwischen Unternehmern und Arbeitern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten seien, auch gefolgert werden könne, daß der Staat verpflichtet wäre, dieselben Lohnsätze zu zahlen. Das widerspreche aber den in Lübeck geltenden Grundsätzen. „Wir haben“ — so sagte der Senator wörtlich — bei den staatlichen Betrieben und Arbeiten als Grundsatz aufgestellt, daß wir möglichst dahin wirken wollen, daß die Arbeiter ständig Arbeit haben. Bei ständiger Arbeit muß man dazu kommen, daß man die Arbeitslöhne niedriger bemißt, als bei periodischen Arbeiten.“

Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiter des Staates auf ständige Arbeit rechnen können. Seinen Arbeiterstamm sucht sich auch der Privatunternehmer zu halten. Das tut er aber nicht mit Rücksicht auf seine Arbeiter, sondern in seinem eigenen Interesse. Aber den ständigen Arbeitern niedrigeren Lohn zu zahlen mit Rücksicht auf die Ständigkeit der Beschäftigung, das zeugt von Grundsätzen, die einer städtischen Verwaltung schlecht anstehen. Aber man könnte sich immerhin ja noch damit abfinden, wenn die sonstigen Arbeitsbedingungen solche vorzüglicher Art wären. Wie es aber damit bestellt ist, werden wir in einem zweiten Artikel zu betrachten haben. W.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie Liberale über ihre Parteigenossen denken.

Der Abgeordnete Pachnicke hat jenem Teil seiner Parteigenossen, der sich um Barth gruppiert, den Rat gegeben, eine neue Partei zu gründen und die Tür von außen zuzumachen. Dafür dient ihm sein Berliner Parteiorgan, das „Berl. Tagebl.“, folgendermaßen:

Herr Pachnicke mag alles andere sein, nur ein hinreißender Redner ist er ebensowenig, wie ein blendender Publizist. Wenn er spricht, schlafen die Hörer, und wenn er schreibt, schlafen die Leser. Diesmal hatte er Erfolg. Wohin wir auch blicken, in die „Freisinnige“ oder in die „Breslauer Ztg.“, oder in die „Hartungsche Zeitung“, überall finden wir das Echo der Pachnickeschen Ratschläge. Die Blockgläubigen sehen weniger auf gutes Deutsch, als auf gute Gesinnung.

Die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachr.“ haben die freisinnigen Blockkritiker als „Herostraten“ (d. h. als Tempelschänder) bezeichnet. Dazu bemerkt die „Berliner Volksztg.“:

Dieses Geschreibsel über das „Herostratentum“ der Aufrechterhalter des Programms und des demokratischen Gedankens ist so lächerlich und so dumm, daß wir uns, als wir es im Münchener Blatte lasen, sofort sagten: Das gehört eigentlich in das offiziöse Organ der Geschäftsführung der Freisinnigen Volkspartei. Und richtig: promt wird dort der Unsinn zustimmend wiedergekäut. Leider ist noch niemals ein Unsinn dadurch, daß er von geistesverwandter Seite „nachempfunden“ und nachgedruckt wird, Sinn geworden.

Beide Urteile haben den Vorzug, auf langjähriger eigener Erfahrung zu beruhen. Die dürften demnach wohl richtig sein. Bei einer Auseinandersetzung unter sozialdemokratischen Blättern, die in gleichem Ton geführt wird, hätten die Gegner längst den tiefen Verfall unserer Partei entdeckt.

Nachträgliche Ahndung?

Die „Frankf. Zeitung“ läßt sich aus Berlin melden, daß auf Grund einer anonymen Anzeige im Verein mit unter Eid abgegebenen Zeugenaussagen im Prozeß Harden-Moltke die Staatsanwaltschaft gegen den Fürsten Eulenburg und drei frühere höhere Offiziere das Offizial-Ermittelungs-Verfahren wegen homosexueller Vergehen eingeleitet habe.

Warten wir ab, ob's wahr ist. Die Vorgänge in der Adlervilla zu Potsdam, die der Zeuge Bollhardt bekundete, sind inzwischen verjährt! Aber es werden ja wohl nicht die letzten Orgien dieser Art gewesen sein.

Die Börsenreform.

Das „Berl. Tagebl.“ will über die kommende Börsenvorlage das folgende erfahren haben: „Die verbündeten Regierungen haben versucht, die Wage zwischen den Forderungen der Parteien der Rechten und der Linken auszubalanzieren. Sie glauben auf Grund folgender Vorschläge zu einer Verständigung zu gelangen: Der Wider-

stand der agrarischen Parteien gegen die Börsengesetznovelle soll dadurch überwunden werden, daß der Terminhandel in Getreide und Futtermitteln nicht nur nach wie vor verboten bleibt, sondern daß die Strafen für eine Umgehung des Verbots in einer Weise erhöht werden, die eine künftige Übertretung als völlig ausgeschlossen erscheinen lassen. Man hofft, durch diese rigorosen Bestimmungen die Getreidepreise in einer den Agrariern annehmbaren Höhe halten zu können. Dafür soll der Terminhandel in Börsenpapieren und sonstigen Industriewerten völlig freigegeben werden. — Es bleibt abzuwarten, was an diesen Mitteilungen wahres ist. Daß die „Liberalen" von ihren agrarischen Blockbrüdern lackiert werden, ist freilich selbstverständlich.

Die „Soziale Praxis" über Bülows Sozialpolitik. In ihrer neuesten Nummer unterzieht die „Soziale Praxis" aus Anlaß des christlich-nationalen Arbeiterkongresses die Sozialpolitik Bülows einer Prüfung. Sie kommt zu dem Schluß:

„Der günstige allgemeine Eindruck des Kongresses, auf dem Arbeiter, Gehilfen, Angestellte der verschiedensten Berufszweige in voller Eintracht, ohne Unterschied der Partei- oder Konfessionszugehörigkeit, ihren Beschwerden und Forderungen Ausdruck gaben, wird durch das Verhalten der Deputation vor dem Reichskanzler noch verstärkt. Offen bekannten sie ihr Befremden, daß trotz aller Zusicherungen der Regierung die Sozialpolitik in den letzten Jahren einer völligen Stagnation verfallen sei, und sie betonten mit Nachdruck, wie sehr ihnen durch diese Unterlassung ihre Arbeit erschwert werde. Insbesondere wiesen sie auf das A und O aller Arbeiterforderungen hin: den Ausbau und die Sicherung des Koalitionsrechts. Es ist bedauerlich, daß der Reichskanzler in seiner Antwort gerade auf diesen springenden Punkt nicht einging. Die Versicherung, daß er die Sozialreform tatkräftig fördern wolle, und die Bestätigung bereits mehrfach angekündigter Einzelreformen würden, so erfreulich sie an sich sind, noch weit stärkere Kraft und volleres Leben erhalten haben, wenn er den Arbeitern die Gleichberechtigung mit anderen Ständen auch auf dem Boden des Koalitionsrechts verheißen hätte. Jetzt steht auf diesem Gebiete der deutsche Arbeiter immer noch — seit vollen vierzig Jahren! — unter einem Ausnahmerecht, das ihn schwer bedrückt. Der erste Schritt zu seiner Befreiung wird hoffentlich mit dem Reichsvereinsgesetz geschehen. Dann aber muß die Reform der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung mit allen ihren Annexen folgen. Eher ist an einen Erfolg der Bemühungen um eine Eingliederung der deutschen Arbeiterbewegung als hochwertiges Kulturelement in den nationalen Volkskörper nicht zu denken."

Sie müssen in den sauren Apfel beißen!

Der Freisinn hoffte, daß ihm seine Blockbrüderschaft wenigstens nicht dadurch erschwert werde, daß er genötigt sei, schon in der nächsten Zeit zu neuen Steuervorlagen Stellung zu nehmen. Er glaubte, daß die Regierung ihm diesen Kelch erst später kredenzen werde. Nun wird es doch anders kommen! Wegen der Balanzierung des Reichshaushaltsetats haben, wie die „Milit.-pol. Korrespondenz" meldet, in den letzten Wochen und Tagen Konferenzen zwischen dem Reichsschatzsekretär und hervorragenden Mitgliedern der Blockparteien stattgefunden. Es stehe jetzt fest, daß die Erschließung neuer erheblicher Reichseinnahmequellen, noch über die Branntweinmonopolvorlage hinaus, schon für das Etatsjahr 1908 sich nicht vermeiden lasse!

Da kann der Freisinn zeigen, daß er trotz des naturwidrigen Verhältnisses zu Bündlern und Kirdorf-Leuten eine Steuerpolitik vertritt, die die Leistungsfähigen heranzieht, in erster Linie also durch eine Reichseinkommensteuer mit entsprechend kräftiger Progression! Auch die Erbschaftssteuer ist ja noch ausgiebigster Erweiterung fähig!

Armer Freisinn!

Das war vorauszusehen.

In der Sächsischen Kammer beantwortete Minister Graf Hohenthal eine Anfrage, ob er mit Rücksicht auf die gestiegenen Getreidepreise eine vorübergehende Aufhebung der Zölle befürworten wolle, ablehnend.

Auch die sächsischen Minister sind nichts anderes als die gehorsamen Hausdiener der Junker. Wie diese pfeifen, so tanzen sie!

Wieder ein Grenzübergriff der russischen Kosaken!

Wie aus Sosnowice gemeldet wird, hat sich dort ein neuer russischer Grenzübergriff ereignet. Ein Ehepaar wollte bei Myslowitz die Grenze nach Deutschland überschreiten. Die beiden Personen hatten das preußische Gebiet bereits betreten, als hinter ihnen [illegible] von Kosaken erschienen. Während der Mann sich rechtzeitig flüchten konnte, wurde die Frau auf preußischem Gebiet festgenommen. Die [illegible] im Verein mit den russischen Behörden vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Kosaken sich einer groben Verletzung der Grenzhoheit schuldig gemacht haben.

Durch solche Dinge läßt sich die preußische Regierung Rußlands wegen nicht aus ihrer Ruhe bringen. Sie ist zu eifrig damit beschäftigt, sich den geschätzten russischen Revolutionären an die Fersen zu heften und [illegible] Liebesdienste zu erweisen.

Südwestafrikanischer Kakao.

Herr v. Lindequist ist in Berlin eingetroffen. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat er aus Südwestafrika Kakao und Schokolade im Werte von 3 Millionen Mark mitgebracht, vorausgesetzt, daß er Abnehmer für die Ware findet. Dieser Kolonialkakao ist freilich kein Kolonialprodukt, sondern eine Gabe, die uns Südwestafrika zurückschickt, da sie dort keine Liebhaber gefunden hat. Das Kommando der Schutztruppe hatte den Kakao in der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung" gegen Meistgebot ausgeboten. Da aber der Meistbietende nur 70 Pf. für das Kilogramm zahlen wollte, zog man es vor, die Ware wieder mit nach Deutschland zu schicken. Ob hier ein wesentlich höheres Gebot erzielt wird?

Die in Frage kommenden Mengen von Kakao und Schokolade wurden in Südwest vom Kommando der Schutztruppen „ohne Gewähr" ausgeboten. Die Soldaten der Schutztruppe sollen, wie uns geschrieben wird, in der letzten Zeit die ihnen gegebenen Portionen den Eingeborenen gegeben und sie schließlich, da sie auch die Eingeborenen nicht haben wollten, einfach fortgeworfen haben. Sollte das an der Qualität der Ware gelegen haben? Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, wieviel die Regierung für diesen Kakao und diese Schokolade gezahlt hat, wer die Ware lieferte und welche Verwendung sie finden wird. Außerdem erscheint es uns doch eigenartig, daß solche Mengen von Kakao und Schokolade noch vorhanden waren. Das Kommando der Schutztruppe motivierte das in seiner Anzeige mit der Verminderung der Schutztruppe. Mit dieser Verminderung wurde doch spätestens schon im Dezember vorigen Jahres gerechnet!

Rußland.

Die Früchte des Staatsstreiches. Aus Petersburg wird dem „Vorwärts" geschrieben: Sie ernten jetzt, was sie gesäet. Die Regierung stellte sich unter die Standarte der Echtrussen, sie zerfleischte das Land und der Staatsstreich brachte ihr eine echtrussische Duma, dem Lande aber neue revolutionäre Energie: Immer zahlreicher werden die revolutionären Akte. Hilflos steht die Regierung den Überfällen der Postzüge gegenüber; sie muß jedem Zuge Truppen beigeben, die aber meist versagen, wie die letzten beiden Überfälle unweit Tiflis und bei Keltzi zeigen. Organisierte revolutionäre Kolonnen konfiszieren aber- und abermals in den Postwagen der Regierung große Geldsummen, und sie wissen trotz Militär und Polizei zu entkommen. In den Städten muß jeder Geldtransport der Post oder des Zollamtes mit einem ganzen Haufen Militär umgeben werden. Das ist ein Belagerungszustand, in dem sich der Zarismus befindet. . . . In Odessa erlebte die Regierung vor kurzem wieder eine Militärrevolte, und die beiden letzten Tage (29. und 30. Oktober) ist die Festung Wladiwostok in Asien der Schauplatz ernster Unruhen gewesen. Die Einzelheiten über die Vorgänge dort fehlen noch immer, es steht nur fest, daß die Mineure den Anfang gemacht haben. Sie wollten die Schützenbataillone entwaffnen, was ihnen aber nicht gelang, da diese Kugelspritzen zur Verfügung hatten. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Tote und Verwundete, damit aber war der Aufstand noch nicht zu Ende. Den Revolutionären gelang es, das Torpedoboot „Skorij" auf ihre Seite zu bekommen; dieses fuhr in See und begann von dort aus die Regierungsgebäude zu beschießen. Mutig kämpfte der „Skorij" unter der roten Fahne, als ihm mehrere Torpedobootszerstörer entgegengeschickt wurden. Der „Skorij" wurde unter Kreuzfeuer genommen. Er hielt sich tapfer und nur mit großer Mühe gelang es der Übermacht, ihn zu bewältigen. Bloß drei Mann von den Leuten des „Skorij" sind beim Kampfe am Leben geblieben. Auch die Revolutionäre, die mit dem Schiff hinausfuhren, waren alle tot. Auf den regierungstreuen Schiffen sind mehrere Offiziere verwundet. Der offizielle Telegraph will wissen, daß die Revolte jetzt völlig unterdrückt sei, doch das wird bezweifelt. Im Kaukasus also und in Polen Eisenbahnüberfälle, in Wladiwostok ein neuer Militäraufstand, in Wjatka, so meldet eben der Telegraph, ein Attentat auf den dortigen Gouverneur, Fürst Gortschakoff, hier in Petersburg der Minister der Gefängnisse ermordet, und man weiß nicht, was die nächste Stunde bringen kann. Was soll unter solchen Umständen eine echtrussische Duma ausrichten, die jeder moralischen Autorität entbehrt? Schon die Wahlen allein haben, wie man sieht, die Tätigkeit der Revolutionäre intensiver gemacht, sie sind zu neuen Angriffen übergegangen. Menschen, die so todesmutig in die Schranken treten, wie jene junge Revolutionärin, die den Gefängnisminister Matinowski erschoß und darauf im Generalstab der Gendarmerie das Dynamit auf ihrer Brust zur Explosion bringen wollte, um einen Haufen der „Blauen" mit in den sicheren Tod zu nehmen, solche Menschen müssen wohl die Sieger bleiben und möge es noch so schwere Kämpfe kosten. — Wie nun erst, wenn die neue, echtrussische Duma sich zu „Taten" aufschwingt?

11 Sozialdemokraten sind nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen in die Duma gewählt worden.

Ein Held der Revolution. Der ehemalige Matrose Matjuschenko vom Linienschiff „Fürst Potemkin" (jetzt „Pantaleimon" genannt) ist, wie bereits gemeldet, vom Militärgericht in Sebastopol der Teilnahme am bewaffneten Aufstande sowie der Anstiftung dazu schuldig erkannt und zum Tode verurteilt worden. Matjuschenko war die Seele der Meuterei auf dem „Fürst Potemkin". Er führte das Schiff, nachdem der Versuch, die gesamte Marine- und Landbesatzung von Sebastopol auf die Seite der Aufständischen zu ziehen, mißlungen war, kreuz und quer im Schwarzen Meer herum, bis es schließlich im Hafen von Constanza Anker warf. Matjuschenko war es dann, der im Namen seiner Kameraden mit den rumänischen Behörden über die Kapitulation verhandelte. Nachdem er auf diese Weise die Waffen gestreckt hatte, hielt er sich zunächst mehrere Monate in Rumänien auf und begab sich von dort nach der Schweiz, wo er anfangs von dem Gelde lebte, das ihm bei der Verteilung der Schiffskasse zugefallen war, und später von den revolutionären Vereinen unterstützt wurde. Infolge des von der russischen Regierung gestellten Auslieferungsverlangens reiste Matjuschenko auf Anraten und mit finanzieller Beihilfe seiner Freunde nach Newyork ab. Dort ergriff ihn das Heimweh mit solcher Macht, daß er ihm unterlag. Er kämpfte monatelang gegen diese Sehnsucht, da er wußte, daß er, wenn er zurückkehre, der Todesstrafe nicht entgehen würde. Als tüchtiger Handwerker fand er in einem großen Eisenwerk Beschäftigung und verdiente 2½ Dollars täglich. Sobald er aber genug Geld erspart hatte, fuhr er nach Europa ab und traf schließlich in Nicolajew, in Südrußland, ein. Er hatte sich mit einem falschen Passe versehen, der auf den Namen Fedorenko lautete. In Odessa wurde er jedoch erkannt und festgenommen. Man fand bei ihm einen Browning-Revolver und eine beträchtliche Geldsumme, die er wahrscheinlich von einem der russischen Verbände zu revolutionären Zwecken erhalten hatte. So wurde dieser Mann, der die männliche Entschlossenheit in Person zu sein schien, das Opfer weicher Gefühlserregungen. Jedenfalls aber verdient sein Name mit an der ersten Stelle genannt zu werden, wenn man der Helden der Revolution gedenkt.

Finnland.

Die 20 Millionen für „Väterchen". Die offizielle Meldung über die Bewilligung von 20 Millionen aus finnischen Staatsmitteln an die russische Staatskasse war mit der Bemerkung verbrämt, die Sozialdemokraten im Landtage hätten an der endgültigen Abstimmung nicht teilgenommen. Daß diese Darstellung irreführend war, geht aus folgender Mitteilung hervor, die aus Helsingfors (29. Oktober) kommt. Nachdem von 7 Uhr abends bis 3 Uhr morgens diskutiert worden war, hat der Landtag die Bewilligung der 20 Millionen mit 104 (von 200) Stimmen beschlossen. Auf den ablehnenden Antrag des Genossen Turkia vereinigten sich 90 Stimmen: die Sozialdemokraten und der Bauernbund. Es fanden noch Nebenabstimmungen statt, doch verändern sie in der Hauptsache nichts. — Der finnische Reichstag mit der bürgerlichen Mehrheit beschloß also, der Schreckensherrschaft an der Newa weitere 20 Millionen auszufolgen — zur Unterdrückung der Revolution — in der naiven Hoffnung, die Tyrannei ließe sich mit 20 Millionen abkaufen und würde die finnische Bourgeoisie ruhig weiter wirtschaften lassen. In derselben Sitzung wurde auch das Alkoholverbotsgesetz ohne Diskussion angenommen. Es wird aber in St. Petersburg sicherlich verworfen werden.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 4. November 1907.

Die Versammlung wurde vom Wortführer Dr. Görtz mit einem warmen Nachruf für den verstorbenen Hauptlehrer Hempel eröffnet.

Am kommenden Sonnabend nachmittag soll eine Besichtigung des Hochofenwerks seitens der Bürgerschaft stattfinden.

Vom Senat wird angefragt, wie es mit den Arbeiten der Kommissionen betr. den Sielbau in St. Lorenz-Süd und betr. das Verwaltungsgericht steht. Für die Sielbau-Kommission teilt Blunck mit, daß dieselbe ihre Arbeiten abgeschlossen hat. Bezüglich der Kommission betr. das Verwaltungsgericht erklärt Dr. Ziehl, daß infolge passiven Widerstandes des Vorsitzenden seit Frühjahr die Kommission nicht zusammengetreten ist.

Der Wortführer Dr. Görtz betont, das weitere in dieser Sache veranlassen zu wollen.

Die Wahl der Kommission zur Prüfung des Senatsantrages, betr. Aufhebung der Freischulen und Staffelung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer hatte folgendes Resultat: Es wurden gewählt: Dr. Baethke, Geh.-Rat Brecht, J. H. F. Evers, Dr. Müller, Oldenburg, Scharff, Schulmerich. Ersatzmänner: Klein, Dr. Leverkühn und Wissell.

Nunmehr kommt die Bürgerschaft zur Fortsetzung der wiederholten Beratung des Antrages Wissell, betr. Ersuchen an den Senat über Vergebung von staatlichen oder städtischen Arbeiten und die Anerkennung der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen 2c. durch die Unternehmer.

Wissell: Ich will die Frage, ob ein von Bürgerschaftsseite gestellter Antrag einer Kommission überwiesen werden dürfe, heute nur ganz kurz erörtern, nachdem D. G. und S. schon früher in den Lübeckischen Blättern (vom 27. 10. 07) an der Hand der Entstehungsgeschichte unserer bezügl. Verfassungsbestimmungen die Frage mit dem Ergebnis besprochen haben, daß die kommissarische Beratung einer an die Bürgerschaft zurückkehrenden Anrege dem Geiste unserer Verfassung nicht zuwiderläuft. Allerdings bin ich doch zweifelhaft gewesen, ob nicht ein Nebensinn in dem Schlußergebnis liegt, zu dem der Verfasser des letzten Artikels kommt. Ich wäre auf diesen Gedanken nicht gekommen, wenn das Schlußergebnis so gelautet hätte, wie ich es eben in Worte gekleidet habe. Wörtlich wird nämlich gesagt: „Daß die kommissarische Beratung der Frage, ob eine an die Bürgerschaft zurückkehrende Anrege von der Bürgerschaft selbst als Antrag an den Senat zu bringen ist, dem Geiste unserer Staats-Verfassung nicht zuwiderläuft." Aber da die Beratung dieser Frage selbstverständlich nur möglich ist bei einem Eingehen auf den betreffenden Antrag selbst, so ist der Sinn doch wohl der, die Bürgerschaft kann aus ihren Reihen hervorgegangene Anträge kommissarisch prüfen lassen. Für mich und meine Freunde ist die Sache ganz klar. Will die Bürgerschaft sich ihre Rechte selbst beschränken und eingestehen, daß ihr die selbstverständlichste Befugnis nicht zusteht, eine Befugnis die jede Stadtverordnetenversammlung in Preußen hat, deren Beschlüsse eventuell von der Regierung inhibiert werden können, will das eine gesetzgebende Versammlung, die Mitträger der Staatsgewalt ist und als solche an der Regierung gar teilnimmt, beschließen, so bedauern wir das nicht nur der vorliegenden Sache wegen, sondern der Preisgabe eines Prinzips wegen, dem sie, die Bürgerschaft, eigentlich ihr Bestehen verdankt. Soviel zu formalen Seite! Ich werde mich in der Sache zunächst kurz fassen, nachdem ich zweimal in eingehender Weise meinen Antrag begründet habe und bisher den von mir vorgebrachten Tatsachen nicht einmal widersprochen ist. Ich will mich nicht wiederholen. Ich könnte ja nun noch auf neues inzwischen bekannt gewordenes Material eingehen, Material, daß dem Kaiserlichen Statistischen Amt so wertvoll erschien, daß es dieses im Reichsarbeitsblatt — Juliheft 1907 — veröffentlicht hat. Es betrifft die Anwendung und Wirksamkeit der Mindestlohnklausel bei Vergebung öffentlicher Arbeiten in Belgien. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern nur die Ergebnisse — die vom K. St. A. ausdrücklich als solche bezeichnet und hervorgehoben werden, anführen. Wer sich dafür interessiert, findet die Sachen auf den Seiten 653 bis 657 des R. A. Bl. Die Ergebnisse dieser Erörterungen sind: 1. Zahlreiche Provinzial- und Gemeindeverwaltungen haben die Minimallohnklausel in ihre Lastenhefte aufgenommen. 2. Bei den meisten Verwaltungen ist diese Klausel dauernd in die Lastenhefte aufgenommen. 3. Im allgemeinen bezieht sie sich auf alle Unternehmungen, und in gewissen Provinzen wird sie sogar den Gemeindeverwaltungen bei Arbeiten auferlegt, welche erstere durch Geld unterstützen. 4. Im allgemeinen sind nennenswerte Wirkungen weder in bezug auf die Kosten der Submissionsarbeiten, noch auf die Höhe der Löhne durch die Minimallohnklausel verursacht worden, da, wie man weiß, die Durchschnittslöhne der Gegend angenommen wurden, aus welcher sich die Arbeiter rekrutieren; endlich 5. sind — von einigen Ausnahmen abgesehen — weder von den Arbeitgebern noch von den Arbeitnehmern Klagen laut geworden, im Gegen-

teil ist diese Maßnahme in der Regel anerkannt worden und dürfte auch durch die Unternehmer stets Beachtung finden." Aber ich muß noch auf das antworten, was in der vorigen Versammlung in der Diskussion gesagt ist, nur von einem Herrn gesagt ist, auf das einzugehen mir durch die Beschlußunfähigkeit der Bürgerschaft unmöglich wurde. Meine Herren! Es ist hier in der Bürgerschaft in einer so unglaublichen Weise der Standpunkt persönlicher Interessenvertretung hervorgekehrt und zwar ohne daß ihm von bürgerlicher Seite widersprochen ist, wie man es nicht hätte für möglich halten sollen. Durch meine Forderungen würden nur die Interessen der Arbeiter vertreten, nicht aber die der Allgemeinheit. Der Allgemeinheit aber würde man dienen, wenn beschlossen würde, daß sämtliche Arbeiten nur an hiesige Unternehmer vergeben werden. Daß mein Antrag den Interessen der Allgemeinheit Rechnung trägt, beweist mir der Umstand, daß in der Öffentlichkeit nicht ein einziges Wort der Kritik dagegen laut geworden ist, beweist mir die Zustimmung, die ich hier im Saale fand, als ich die Interessen des Gemeinwesens an der Einhaltung tariflicher Vereinbarungen hervorhob. Nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch moralische. Denn durch solche Vorschriften wird die ethische Pflicht zur Einhaltung getroffener Abmachungen gestärkt. Und diese Wirkung gerade in bezug auf Herrn Stender würde mir die Annahme meines Antrages noch ganz besonders wertvoll erscheinen lassen. Ich gehe darauf nachher noch ein. Und der Umstand, daß auch Herr Stender allein von den Handwerkern gegen meinen Antrag gesprochen hat, beweist mir, daß er richtig ist. Und meine Herren, was meinen Sie wohl, wenn es wahr wäre, daß nur die Interessen der Arbeiter gewahrt würden durch solche Maßnahmen, wie wir sie fordern, wenn dadurch die Arbeiter zu Herren würden, um mit Senator Evers zu reden, meinen Sie, daß dann das Kaiserl. Statistische Amt diese Maßnahmen zum Gegenstand so eingehender Erörterung und Darstellung gemacht hätte? „Die hier liegenden Probleme, gerade soweit sie den Einfluß des Submissionswesens auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zum Gegenstand haben, erscheinen dem Kaiserl. Statistischen Amt so bedeutsam, daß es mit zu den zuerst in der Abteilung für Arbeiterstatistik in Angriff genommenen Aufgaben gehörte, das Tatsachenmaterial auf dem Gebiete des Submissionswesens zu sammeln, um dies Material in dem angedeuteten Sinne einer wissenschaftlichen Behandlung zu unterziehen," so heißt es wörtlich in der amtlichen Publikation. Aber, meine Herren, wie würde es dann sein, wenn das, was Herr Stender fordert, wirklich maßgebend wäre, daß in erster Linie sämtliche Arbeiten an hiesige Unternehmer vergeben werden müßten, damit die Unternehmer keine Konkurrenz von außen zu erwarten haben? Zu bedauern wäre das Gemeinwesen, das lediglich auf die in den eigenen Mauern wohnhaften Unternehmer angewiesen wäre. Wenn die Stenderschen Anschauungen Geltung hätten, würde die Gemeinde ganz in die Hand der Unternehmer sein. Es hieße, den Kleinbetrieb gegenüber den Großbetrieb bevorzugen, hieße die leistungsfähige Spezialfabrik zugunsten wirtschaftlich und technisch rückständiger Betriebe ausschalten, es hieße der Entwicklung der Technik nur Hindernisse in den Weg legen. Das würde zum Schaden und auf Kosten der Gemeinde und zum Schaden der Großbetriebe geschehen. Das hieße ja geradezu die freie Konkurrenz, den Grundsatz des Submissionsverfahrens, zu wirtschaftlich reaktionären Zwecken aufheben. So etwas zu fordern, zum Schaden, auf Kosten der Gemeinde, kann nur der, der von der Ökonomie und dem Wirtschaftswesen der Gemeinde entweder nichts versteht, oder aber der die Gemeinde für ein dankbares Feld der Ausbeutung betrachtet. Nun kann man in der Tat wohl den Standpunkt vertreten, daß eine bestimmte, einzelne Arbeit an die ortsangesessenen Arbeitgeber vergeben wird. Diesen Ständpunkt haben wir hier schon vertreten. Ich erinnere da nur an die Vergebung der Arbeiten beim Wasserbauplatz. Aber wo ist denn da Herr Stender gewesen? Da fiel ihm das Aufstehen bei der Abstimmung über diesen Antrag so schwer, daß er es nicht vermochte. Da war Gelegenheit geboten in einem Falle zu tun, was Herr Stender im allgemeinen will. Was er will, das wollen die Handwerker, die Gewerbetreibenden nicht. Herr Stender kennt nicht die Forderungen seiner eigenen Berufskollegen. Die Handwerker, die Gewerbetreibenden haben auf ihren Vertretertagen ganz andere Forderungen erhoben. Das Handwerk hat in den Handwerks- und Gewerbekammern seine Vertretung. Diese Kammern halten jährlich ihre Handwerks- und Gewerbekammertage ab. Auf denen zu Darmstadt 1901 und Leipzig 1902 hat man sich eingehend mit der Frage des Submissionswesens beschäftigt und auf der Tagung zu Leipzig hat man sich auf eine Resolution geeinigt, welche die Grundsätze enthält, nach denen bei der Vergebung von staatlichen oder gemeindlichen Arbeiten verfahren werden sollte. Soweit sie uns hier beschäftigen, lauten sie: „a) Arbeiten und Lieferungen an Einzelunternehmer im Werte bis zu 500 Mk. können zu Einheitspreisen im Turnus an Gewerbetreibende frei vergeben werden. b) Arbeiten und Lieferungen im Werte von über 500 bis 1000 Mk. können an Einzelunternehmer auch in beschränkter Submission, zu der möglichst ortsansässige Handwerksmeister zugezogen werden sollen, vergeben werden, wenn die Arbeiten ihrer Natur nach zur öffentlichen Ausschreibung sich nicht eignen oder besondere Fähigkeiten erfordern." Nur Arbeiten bis zum Wert von 1000 Mk. sollen möglichst auf die ortsansässigen Unternehmer beschränkt bleiben. Und damit vergleiche man die Forderung des Herrn Stender. Was die Unternehmer fordern können, das ist das, was in den bayerischen Lieferungsbedingungen wie folgt seinen Ausdruck gefunden hat: „Bei der freihändigen Vergebung regelmäßig wiederkehrender Arbeiten und Lieferungen soll darauf Rücksicht genommen werden, daß unter den ortseingesessenen Gewerbetreibenden nicht einzelne ausschließlich mit Staatsaufträgen bedacht werden; es ist anzustreben, daß unter den mehreren gleich leistungsfähigen Bewerbern, soweit tunlich durch Verteilung, Abwechslung oder andere Mittel ein möglichst gerechter Ausgleich geschaffen wird." Und an anderer Stelle heißt es: „Soweit eine Wahl unter den verschiedenen Bewerbern stattfindet, soll im Falle annähernd gleichen Angebots der inländische vor dem ausländischen, unter den inländischen der einheimische, unter den einheimischen derjenige den Vorzug genießen, welche am Orte der Leistung oder in dessen Nähe seine gewerbliche Niederlassung hat. Das sind die Richtlinien, in denen die berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden gewahrt werden können und wenn man sie dann vor auswärtiger Schmutzkonkurrenz schützt wie es durch meinen Antrag bezweckt worden, sind die Forderungen erfüllt, die sie auch vom Staat und der Gemeinde fordern können. Aber Forderungen zu stellen, daß sie keine Konkurrenz von außen zu erwarten haben, das ist ein so naiv unverfrorenes Verlangen, wie es nur Herr Stender erheben kann. Daß mein Antrag sie vor unlauterer Konkurrenz schützt, weiß er nicht. Im Wörterbuch der Volkswissenschaft von Prof. Dr. Ludw. Elster werden die Vorteile des Tarifvertrages für die Unternehmer wie folgt geschildert: „Die Vorteile für den Arbeitgeber liegen in 2 Richtungen: Verminderung der Arbeitsstreitigkeiten und Vereinheitlichung der Produktionskosten, soweit die Arbeitskraft in Frage kommt, oder was dasselbe ist, eine Verminderung des Wettbewerbs der Unternehmer untereinander."

Aber natürlich meine Herren: Wer hier in der Bürgerschaft erklären kann: Ich habe zwar im Bürgerausschuß für den Bau der Uferbahn gestimmt, aber ich stimme jetzt hier in der Bürgerschaft dagegen, weil das Hochofenwerk an auswärtige Unternehmer vergeben ist! Wer so die örtlichen Interessen eines einzelnen Berufszweiges über die der Allgemeinheit stellen kann, der kann natürlich auch fordern: alle Staatsarbeiten sollen den hiesigen Unternehmern zufallen. Dann noch eins. Herr Stender hat früher behauptet, daß die Bauarbeiter ohne Rücksicht darauf, ob den Unternehmern das Material verderbe, um 6 Uhr Feierabend machen. Ganz abgesehen davon, daß die Leute in ihrem Rechte wären, wenn sie nur die tariflichen Bestimmungen innehalten, hat Herr Stender auf eine öffentliche Aufforderung der Vorstände der Maurer und Bauarbeiter auch nicht einen Fall anführen können, in welchem in der von ihm behaupteten Weise vorgegangen ist. Ich glaube im übrigen auch, daß Herr Stender bei ihm übertragenen Arbeiten nur das ausführen wird, wozu er vertraglich verpflichtet ist. Mit Herrn Stender bin ich fertig. Also ich fordere, daß bei der Vergebung der staatlichen Arbeiten zum mindesten dem Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie tariflich vereinbart sind, zur Vorschrift gemacht werden. Wir haben im Falle des Herrn Stender den besten Beweis, daß das notwendig ist. Ich komme zum Schlusse! Einwände sind mir nicht gemacht worden, und sollten sie nicht noch kommen, so muß ich annehmen, daß sie nicht gemacht werden können, dann aber erwarte ich auch, daß die Bürgerschaft die Konsequenzen bei ihrer Abstimmung daraus zieht.

(Schluß in der Beilage.)

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. November.

Anlegung der Wählerlisten für die diesjährigen Gewerbegerichtswahlen. Im Dezember dieses Jahres hat die Wahl von 12 Beisitzern und je 6 Ersatzmännern für das lübeckische Gewerbegericht aus dem Kreise der Arbeitgeber und aus dem Kreise der Arbeiter zu erfolgen. Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich des Wahlrechts gleich die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark übersteigt. Als Arbeiter gelten diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche der 7. Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet, ferner Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt. Hausgewerbetreibende sind, sofern sie mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, als Arbeitgeber, andernfalls als Arbeiter anzusehen. Zur Teilnahme an der Wahl sind nur diejenigen deutschen Reichsangehörigen berechtigt, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben oder entweder als Arbeitgeber seit mindestens einem Jahre im lübeckischen Staatsgebiet wohnen oder beschäftigt sind, Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, sind nicht wahlberechtigt. Zum Zwecke der Wahl werden für die Stadtgemeinde Lübeck vom Stadt und Landamt, für die übrigen lübeckischen Gemeinden von den Gemeindevorständen Wählerlisten angelegt. Die Wähler werden in die Wählerliste für diejenige Gemeinde aufgenommen, in welcher sie wohnen oder, wenn sie nicht im lübeckischen Staatsgebiet wohnen, in die Liste für die Gemeinde, in welcher sie ihre gewerbliche Niederlassung haben, oder beschäftigt sind. Die Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerlisten hat an den Werktagen vom 12. bis 25 November einschließlich zu geschehen, und zwar während der Zeit von 10 bis 2 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Handelsregister. Am 4. November 1907 ist eingetragen: 1. bei der Kommanditgesellschaft in Firma G. E. A. Asmus in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Rechtsanwälte Dr. jur. Heinrich Görtz und Dr. jur. Heinrich von Brocken, beide in Lübeck, sind zu Liquidatoren bestellt. Die Prokura des Kaufmanns F. J. Ehlert in Kiel und des Kaufmanns P. L. J. Harders in Lübeck ist erloschen; 2. die Firma Hans Roth in Lübeck. Inhaber: Kaufmann Hans E. O. K. Roth in Hamburg. Angegebener Geschäftszweig: Agenturen in der Lebensmittelbranche; 3. die Firma A. Julius Gullander in Lübeck. Inhaber: Kaufmann A. J. Gullander in Lübeck.

Nationale Schweineseuche. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter den Schweinen des Arbeiters Heinrich Wieckström auf Hof Ritzerau die Rotlaufseuche ausgebrochen ist. Der Schweinestall des Genannten ist unter Sperre gestellt. — Nachdem die Rotlaufseuche unter den Schweinen des Halbhufners Hermann Giemers in Poggensee erloschen ist, sind die angeordneten Sperrmaßregeln aufgehoben.

Umfragezettel ausfüllen. Die Haushaltungsvorstände werden an die Einsendung der ihnen zur Ermittelung der Einkommensteuerpflichtigen zugestellten Umfragezettel erinnert. Wer die Einsendung unterläßt, oder unrichtige Angaben macht, kann nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 27. Mai 1889 mit Geldstrafe bis zu 100 Mark belegt werden.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. November 1907 18 108 Mitglieder gegen 16 715 im Jahre 1906. Auf Männer entfielen davon 12 560 (1906: 11 623) auf Frauen 5548 (1906: 5092). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Oktbr. 1907 Männer 284 (1906: 243) und Frauen 182 (1906: 193). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Oktbr. 1358 (1906: 1244) erteilt. Sterbegeld wurde im Oktbr. für Mitglieder in 9 Fällen, für Angehörige in 45 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Oktober 19 Abweisungen erfolgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 23 Fällen mit Strafe zu belegen.

pb. **Gestohlene Ohrringe.** Am Sonntag, den 3. dss. Mts. zwischen 3 Uhr nachmittags und 10 Uhr abends, sind aus einem Hause der Hansastraße ein Paar Ohrringe im Werte von 15 Mark gestohlen worden. Die Ohrringe haben eine ovale Form, sind ganz flach und auf dunkelgrünem Grunde mit einer weißen Rose mit grüner Ranke verziert. Die Einfassung der Ohrringe besteht aus einer goldenen Perlenschnur.

pb. **Entwendeter Aschenimer.** In letzter Nacht ist von dem Hausflur Mühlenstraße 25 ein neuer Zink-Aschenimer gestohlen worden.

pb. **Körperverletzung.** Gegen einen hiesigen Maurergesellen, der einen Kollegen ohne jegliche Veranlassung mittels eines Schlagringes erheblich verletzte, wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

Auf das Winklersche anatomische Museum auf dem Burgfelde weisen wir empfehlend hin. Das Institut darf nicht mit kümmerlichen Jahrmarktsveranstaltungen verglichen werden, sondern ist ebenso reichhaltig, wie seine Präparate streng wissenschaftlich und mit absoluter Naturtreue hergestellt sind. Ein Besuch dient daher ebenso der Belehrung wie der Unterhaltung, was die ehrenvollen Zeugnisse vom Vorstand des Deutschen Samariter-Vereins vom Roten Kreuz, vom Sanitätsrat Dr. med. Meyne (Chemnitz) und vom Generalarzt a. D. Dr. Boretius (Danzig) völlig beweisen. In über 600 Nummern wird dem Besucher alles auf Natur und Gesundheit des Körpers bezügliche und manche andere hochinteressante Sehenswürdigkeiten gezeigt, und niemand wird das Museum unbefriedigt verlassen. Eine besondere Attraktion besitzt das Museum in den Azteken, den letzten dieses einst blühenden mexikanischen Volksstammes. — Freitag findet der Damentag statt; von 2 Uhr ab ist das Museum für Damen geöffnet.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Am Mittwoch findet keine Vorstellung statt. Donnerstag wird zum letzten Male die melodiöse Neßlersche Oper „Der Trompeter von Säkkingen" wiederholt. Für Freitag wird die entzückende, musikalisch wertvollste Operette „Der Opernball" einstudiert. Sonnabend wird „Wilhelm Tell", jeder Platz 50 Pfg., gegeben. Das erste Herbring-Gastspiel findet am Montag statt.

Hamburg. Schon wieder ein Bankkrach. Die hiesige angesehene Bank Kommissions-, Import- und Exportgeschäft F. Lappenberg hat sich infolge Verluste an ihrer Kundschaft gezwungen gesehen, die Zahlungen einzustellen.

Harburg. Glänzend freigesprochen von der Anklage, sich gegen § 184 Str.-G., der von der Verbreitung unzüchtiger Schriften handelt, vergangen zu haben, wurde Mittwoch von der Strafkammer in Stade unser Genosse Zielke, der als Verantwortlicher des „Volksblatt" in Harburg eine kulturgeschichtliche Skizze von Franz Laufkötter-Hamburg „Mittelalterlicher Humor" veröffentlicht hatte. Der Vorsitzende der Strafkammer hatte den Antrag des Verteidigers Dr. Herz-Altona, zwei Sachverständige laden zu lassen, als unerheblich abgelehnt. Darauf hatte Dr. Herz als Sachverständige den bekannten Dichter Detlev v. Liliencron und Herrn Professor Dissel-Hamburg unmittelbar von sich aus laden lassen. Nachdem Genosse Zielke die Unhaltbarkeit der ganzen Anklage nachgewiesen und die beiden literarischen Sachverständigen ihr Gutachten über den Wert der Laufkötterschen Arbeit abgegeben, brach die ganze Anklage denn auch lautlos zusammen. Der Vertreter des Staatsanwaltes mußte, von literarischen Gewissensbissen gequält, gestehen, daß es ihm unmöglich sei, die Anklage aufrecht zu erhalten. Dem Verteidiger Dr. Herz blieb nur noch übrig nachzuweisen, daß bei Erhebung der Anklage mindestens fahrlässig gehandelt worden sei — befand sich doch nur die Hälfte des Artikels in den Akten des Gerichtes — und dafür zu plaidieren, daß sämtliche Kosten der Staatskasse aufzuerlegen seien. Genosse Zielke wurde denn auch freigesprochen, die ihm persönlich erwachsenen Kosten, die Kosten für die Sachverständigengutachten sowie die Kosten der Verteidigung fallen der Staatskasse zur Last.

Kiel. Von einem sonderbaren Selbstmordkandidaten berichtet die „Kieler Beitung: Am Bahnhofskai, nahe dem Mehlschuppen, wurde abends ein Arbeiter auf dem Kaigeleise gefunden, der unzweifelhaft die Absicht hatte, sich von einem anrollenden Wagen enthaupten zu lassen. Der im Rangierdienst tätige Bremser wurde den Menschen gewahr und riß ihn kurz vor dem ankommenden Wagen vom Schienenstrang. Todesangst schien der eigenartige Lebensmüde nicht zu besitzen, denn er rauchte in aller Gemütsruhe seine Pfeife.

Kiel. Eine furchtbare Tat. Der Arbeiter Lewandowsky in Gaarden begoß in der Nacht zum Montag, als er angetrunken heimkehrte, seine schlafende Frau mit Petroleum und zündete dann das Bett an. Die Frau erlitt sehr schwere Brandwunden; der L. wurde verhaftet.

Woldegk. Tödlicher Sturz. Am Freitag vormittag ereignete sich auf dem zu Mildenitz gehörigen Ausbau Scharnhorst ein schwerer Unglücksfall. Der Zimmermann Winkelmann von hier war bei dem dortigen Erbpächter Studier beschäftigt. Er wollte einen Baum aussägen, dabei stürzte er aber aus beträchtlicher Höhe mit solcher Wucht herab, daß er sofort eine Leiche war.

Hadersleben. Totgefahren. Der bei dem Hofbesitzer Barsö in Skovbölling bedienstete Knecht L. E. Sörensen aus Slangerup wurde in der Nähe der Station Fjelstrup durch den von Christiansfeld abfahrenden Zug überfahren und getötet. Sörensen hatte den Weg verfehlt und war mit seinem Fahrrad auf den Bahnkörper geraten. Das Zugpersonal hatte den Verunglückten gesehen, konnte aber den Zug nicht mehr zum Halten bringen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Beitrag zur Dienstbotenfrage. Der 63 Jahre alte Tagelöhner Johann Bauer von Hohenmirsberg hat seinen Dienst bei dem Ökonomen Schaffer verlassen, weil, wie er sagt, die ihm übertragenen Arbeiten zu schwer waren. Das Amtsgericht Pottenstein diktierte ihm trotzdem 4 Tage Haft. Auch die Strafkammer Bayreuth verwarf den Einspruch gegen diesen Strafbefehl.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Torgau verurteilte den 1887 geborenen Buchdrucker Otto Wilhelm Winne wegen Mordes zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verurteilte hatte seine Geliebte, die noch nicht 19 Jahre alte Schneiderin Hedwig Dreßler, in Liebenwerda auf der sogenannten Liebesinsel erwürgt und dann in den Mühlengraben gestürzt.

Zwei Jahre Gefängnis für eine Kleinigkeit. Das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau verurteilte den Musketier Brilla vom 156. Infanterie-Regiment zu Brieg wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu zwei Jahren Gefängnis. Auf dem Schießplatz zu Neuhammer hatte der Stubenälteste, Unteroffizier Ledervill die Mannschaften daran erinnert, daß sie nicht polnisch sprechen dürfen. Ärgerlich darüber warf Brilla einige Eßschüsseln auf den Unteroffizier.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Rabatt-Sparkarte

Kaufhaus Leo Leibholz & Co. Lübeck
Holstenstrasse 25-33
Telefonruf 775 und 284.

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Verlangen bei Bareinkäufen für je 20 Pfg. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke im Werte von 1 Pfg. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Für die vollgeklebte Karte zahlen wir in bar . . . . . Mk. 1.00

Wer bei Leibholz kauft, spart Geld!

Von der Rabattvergütigung sind nur wenige Artikel ausgenommen.

Kaufhaus LeoLeibholz&Co.

Lübeck. Holstenstrasse.

Dienstag Mittwoch Donnerstag

Ausnahme-Preise

für

Dienstag Mittwoch Donnerstag

Kurzwaren ✱ Schneiderei-Artikel.

Taillenstäbe schwarz, weiß u. grau Dutzd. **12** Pfg.
Taillenverschlüsse schwarz, weiß und grau . . **6** Pfg.
Taillenband Satin mit Kante . . Meter **9** Pfg.
Taillenband verstellbar . . . . . Stück **9** Pfg.

Krageneinlage Ia., weiß, schwarz, grau, abgepasst . . . Stück **9** Pfg.
Krageneinlage Meter 7 6 5 4 cm / 17 15 12 **9** Pfg.
schwarz, weiss und grau, conisch gewebt
Kragenstäbe Celluloid . . . . . Dutzd. **7** Pfg.
Kragenstäbe „Ideal“ . Dutzd. **17** Pfg.

Plüschborde Mohair, schwarz u. couleurt Meter 6 **4** Pfg.
Plüschborde schwarz u. coul., extra prima mit Doppel-Besen . Meter **10** Pfg.
Rockgurt abgepasst in allen Farben, 90 cm und 70 cm 24 **19** Pfg.
Verlängerungsborde Moh., schw. u. farb. Mtr. **19** Pfg.

Haarnadeln 10 Pack **4** Pfg.
Haarnadeln gewellt 5 Pack **8** Pfg.
Lockennadeln 10 Pack **4** Pfg.
Nähnadeln Brief à 25 Stück Brief 6 4 1 Pfg. 2 Briefe **1** Pfg.

Messingstecknadeln 3 Briefe **8** Pfg.
Stahlstecknad. Kosmos Brief 8 u. **3** Pfg.
Stahlstecknad. Kosmos im Karton Karton 50 gr. **25** Pfg.
Morning Pins Brief 72 Stück Stecknadel mit schwarzem Kopf **7** Pfg.

Sicherheitsnadeln Brief 10 Stück, sortiert schwarz und weiss **5** Pfg.
Stopfnadeln Brief 25 St. **10** Pfg.
Maschinennad. ‚Singer‘ Dutzend **19** Pfg.
Modistennadeln Brief 25 Stück **9** Pfg.

Stricknadeln vernickelt in allen Stärken Spiel **6** Pfg.
Häkelnadeln Stahl, Stück **3** Pfg.
Häkelnadeln mit Holzgriff Stück **5** Pfg.
Selbsteinfädler Brief **16** Pfg.

Korsettschließen mit Kostrededer Paar **7** Pfg.
Korsettschließen extra stark, mit Stahleinlage Paar **16** Pfg.
Korsettschließen Spiral . . . Paar **22** Pfg.
Korsettsenkel grau Leinen, Stück 3 Meter **2** Stück **9** Pfg.
weiss und grau Stück 12 Pfg.

Armblätter Trikotgewebe, extra gross Paar 18 **12** Pfg.
Armblätter mit Gummi-Einlage . . Paar **18** Pfg.
Armblätter Spezialmarke „Leibholz Union“ Paar 32 **27** Pfg.
Armblätter „Canfield“ Trikot, beste Marke . . . . . Paar **55** Pfg.

Stiefelbänder . . . . . Dutzd. **12** Pfg.
Stiefelbänder 100 cm lang, Eisengarn, mit Spiralspitzen, sehr haltbar . . . . . Paar **5** Pfg.
Stiefelbänder Eisengarn, mit Spitznadeln . . . . . Paar **4** Pfg.
Stiefelbänder „Macco“ 100 cm lang Paar **7** Pfg.

Zwirn m. Goldfaden Knäuel 50 m 4 Knäuel **19** Pfg.
Maschinengarn 200 Yards, kleine Rolle, Rolle 13 **7** Pfg.
Maschinengarn farbig . . . . . Rolle **8** Pfg.
Maschinengarn 1000 Yds., gr. Rollen, Rolle 40 30 **22** Pfg.

Reihgarn auf Kreuzspulen roh u. gebleicht . . . . Spule 15 **5** Pfg.
Stopfgarn weiss u. schwarz grosse Knäuel **6** Pfg.
Beistrickgarn in Wolle schwarz, grau, Normalfarbe, Karte **5** Pfg.
Sternseide Ia. Schwarz u. couleurt . . . Stern 5 **4** Pfg.

Chappeseide auf Rollen schwarz . . . . Rolle 40 36 26 **20** Pfg.
Haken u. Augen schw. Pack **2** Pfg.
Haken u. Augen versilbert . . . . . Pack **6** Pfg.
Druckknöpfe mit rostfreier Feder in allen Grössen Dutzend 12 9 **5** Pfg.

Schürzenband gestreift Stück 7 **3** Pfg.
Köperband schwarz u. weiss Stück **6** Pfg
Gold-Retord-Band rein Leinen, Stck. à 6 m, 2 Stück **13** Pfg
Leinen-Ret.-Band Stck. **4** Pfg.
Nahtband schwarz, weiss grau . . . . . **18** Pfg.

Besatzknöpfe kleine Gold u. Fantasie Karte 2 Dutzd. **25** Pfg.
Perlmutt-Knöpfe große, weiß, Dtzd. **12** Pfg.
Perlmutt-Knöpfe in allen Grössen . **7** Pfg.
Leinen-Knöpfe Ia. alle Grössen 3 Dutzend **12** Pfg.
Futtertaillen Inlettes mit Köper 1.55 **92** Pfg.

Gummiband glatt, weiß, schwarz und farbig . . . . Meter 25 **12** Pfg.
Gummiband mit breiter Rüsche in allen Farben . . . Meter **24** Pfg.
Gummiband gerüscht, Seide, feine Farben . . . . Meter 78 65 **48** Pfg.
Strumpfhalter mit Klammer u. Rüschen Paar **28** Pfg.
Strumpfhalter mit, glatt mit Klammer Paar **38** Pfg.

Wäschebuchstaben doppelt, weiß mit rot Dtzd. **2** Pfg.
Monogramme weiss gestickt . Dtzd. **48** Pfg.
Schablonenkasten Zack, kompl. Alphabet mit Pinsel und Tusche . . . . . Karton . **7** Pfg.
Schablonen Kreuzstich . . . Stück 8 **5** Pfg.
Schablonen gotisch und lateinisch, „Neuheit“ . . . Stück 5 3 **2** Pfg.

Kunst-Fischbein hell, in Stangen, Stange 100 cm **10** Pf.

Natur-Fischbein

	16	18	20	22	24 cm
hell	11	15	18	22	27 Pfg.
dunkel	11	12	15	18	24 Pfg.

Nur soweit Vorrat! **Natur-Fischbein** in Stangen, schwarz 100 cm lang **62** Pfg. 65 cm lang **45** Pfg. **Nicht an Wiederverkäufer!**

Lebensmittel.

Muskat-Datteln Pfd. 95 Pfg., Karton **68** Pfg.
St. Michel-Ananas im ganzen Pfd. **95** Pfg.
Cocos-Nüsse mit Milch . . . . Stück **19** Pfg.

Gänsefleisch frisch geschlachtet . . . . . Pfund **80** Pfg.
Tilsiter Käse fett . . . . . Pfund **65** Pfg.

Erbswurst Geschmack nach Wahl . . . **28** Pfg.
Suppentafeln sortiert . . . 10 Stück **90** Pfg.
Camembert-Käse echt französ. Stück 48 **26** Pfg.

Verlangen Sie Rabatt-Marken.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 259. Dienstag, den 5. November 1907. 14. Jahrg.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug 1905 für jeden Beteiligten pro Woche 2,07 Mk. Im Jahre 1906 blieb die durchschnittliche Erhöhung um 20 Pfg. pro Woche gegen das Vorjahr zurück. Sie betrug 1,87 Mk., jedoch ist auch hier die Zahl der Beteiligten ganz wesentlich, und zwar um 62 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen. Ist also für den einzelnen Beteiligten eine Lohnerhöhung 1906 nicht in dem Maße erzielt worden wie 1905, so ist im ganzen das 1906 Erreichte doch weit bedeutsamer als die Resultate für das Jahr 1905. Im einzelnen stellen sich die Lohnerhöhungen in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

	1905 für Beteiligte	1906 für Beteiligte
bis 50 Pfg.	9 324	19 032
über 50 Pfg. bis 1,— Mk.	42 788	68 716
„ 1,— Mk. „ 1,50 „	88 170	214 246
„ 1,50 „ „ 2,— „	91 351	150 980
„ 2,— „ „ 2,50 „	40 011	54 392
„ 2,50 „ „ 3,— „	84 172	65 518
„ 3,— „ „ 3,50 „	5 647	15 743
„ 3,50 „ „ 4,— „	9 218	15 037
„ 4,— „ „ 4,50 „	5 322	5 724
„ 4,50 „ „ 5,— „	3 032	6 593
„ 5,— „ „ 5,50 „	2 113	10 462
„ 5,50 „ „ 6,— „	1 864	3 645
„ 6,— „ „ 6,50 „	47	294
„ 6,50 „ „ 7,— „	335	20
„ 7,— „ „ 7,50 „	18	90
„ 7,50 „ „ 8,— „	210	87
„ 8,— „ „ 8,50 „	27	59
„ 8,50 „ „ 9,— „	—	125
„ 9,50 „ „ 10,— „	3	71
„ 10,50 „ „ 11,— „	3	—
„ 11,— „ „ 11,50 „	3	—
„ 11,50 „ „ 12,— „	42	21
„ 12,50 „ „ 13,— „	10	—
„ 16,— „ „ 16,50 „	—	38

Gegenüber diesen bedeutsamen Erfolgen, welche die Arbeiter aufzuweisen haben, ist aber festzustellen, daß auch die Unternehmer vereinzelte Erfolge erzielten, indem es ihnen gelungen ist, ihre auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen trotz des Widerstandes der Gewerkschaften durchzusetzen. Allerdings steht das, was die Unternehmer an Verschlechterungen durchzusetzen vermochten, im krassen Mißverhältnis zu den Errungenschaften der organisierten Arbeiter. An Verschlechterungen sind eingetreten: Arbeitszeitverlängerung für 708 Personen zusammen 3881 Stunden pro Woche und Lohnreduzierung für 1122 Personen zusammen 2749 Markt pro Woche, sowie für 976 Personen sonstige Verschlechterungen, welche infolge von Aussperrungen eingetreten sind. Für die davon Betroffenen sind diese Verschlechterungen jedenfalls sehr hart, kommen doch auf jeden Beteiligten etwa fünfeinhalb Stunden wöchentlicher Arbeitszeitverlängerung und durchschnittlich 2,45 Mk. Lohnkürzung. Bei den wiederholten Versuchen des Unternehmertums, durch Aussperrungen großen Stils die Gewerkschaften lahmzulegen, um die Ausbeutung um so ungehinderter betreiben zu können, sind diese Erfolge jedoch gänzlich bedeutungslos, weil nur ein kleiner Bruchteil der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter davon betroffen wird. Wenn man schon diesen Erfolgen eine Bedeutung beimessen will, so nur in dem Sinne, daß dadurch der Beweis erbracht ist, welch kläglicher Fiasko die Scharfmacher des Unternehmertums mit ihrer Aussperrungstaktik auch im letzten Jahre wieder gemacht haben.

Die Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung.

Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden 4470 statt, die sich auf 7225 Orte und 37 998 Betriebe mit 766 462 Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. In 2152 der von solchen Bewegungen betroffenen Orte bestand eine Unternehmerorganisation. In 1787 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer solchen Organisation an. An den Lohnbewegungen beteiligt waren insgesamt 593 724 Personen, und die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betrugen 50 878 Mk. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 3468 mit 459 306 Beteiligten, ohne Erfolg 80 mit 14 531 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 177 in 129 Orten statt. Sie erstreckten sich auf 360 Betriebe mit 21 610 Beschäftigten. In 91 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer Organisation an. An diesen Bewegungen nahmen teil 7982 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtkosten betrugen 1383 Mk. Es endeten erfolgreich 158 Bewegungen mit 7587 Beteiligten, teilweise erfolgreich 10 Bewegungen mit 199 Beteiligten und erfolglos 9 Bewegungen mit 196 Beteiligten.

Die gesamten Lohnbewegungen wurden von 47 gewerkschaftlichen Organisationen geführt, und zwar hatten Angriffs- und Abwehrbewegungen die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Bildhauer, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Glasarbeiter, Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Hutmacher, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Tertilarbeiter, Töpfer und Vergolder.

Nur an Angriffsbewegungen waren beteiligt die Organisationen der Bäcker, Bergarbeiter, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fleischer, Gärtner, Gemeindearbeiter, Glaser, Hafenarbeiter, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Kürschner, Lithographen, Maurer, Mühlenarbeiter, Portefeuiller, Schiffszimmerer, Schirmmacher, Schmiede, Schneider, Steinarbeiter, Steinsetzer, Stukkateure, Tabakarbeiter, Tapezierer, Zigarrensortierer und Zimmerer.

Eine Gegenüberstellung der Lohnbewegungen von 1905 und 1906 zeigt, daß, soweit die Zahl der Bewegungen in Betracht kommt, prozentual der Erfolg im Jahre 1905 sich um ein geringes günstiger gestaltete als 1906. Für die Beteiligten jedoch stellt sich der Erfolg im Jahre 1906 etwas günstiger. Wir stellen zum Vergleich die entsprechenden Prozentziffern hier nebeneinander (für 1905 in Klammern). Von den Angriffsbewegungen hatten in Prozenten: vollen Erfolg 77,5 (79,4), teilweisen Erfolg 20,4 (17,0), keinen Erfolg respektive unbekannt 2,1 (3,6). Von den Abwehrbewegungen endeten mit vollem Erfolg 89,2 (93,2), mit teilweisem Erfolg 5,6 (3,9), erfolglos oder unbekannt 5,2 (2,9).

Bei der Zahl der Beteiligten ist das Verhältnis folgendermaßen. Es hatten bei Angriffsbewegungen vollen Erfolg 77,4 (74,0), teilweisen Erfolg 19,0 (21,0), keinen Erfolg 3,6, (5,0). Bei Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg 95,1 (92,0), teilweisen Erfolg 2,5 (5,5), keinen Erfolg 2,4 (2,5) Prozent. Über die speziellen Errungenschaften hinsichtlich Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge usw. finden die Leser weiterhin nähere Angaben.

Die Streiks und Aussperrungen.

Wie schon anfangs mitgeteilt, erscheint später die spezielle Streikstatistik, die inbezug auf die Zahl der Streiks und Aussperrungen und die darauf begründeten Berechnungen ein anderes Ergebnis zeitigen wird, weil dort jeder Kampf, an dem mehrere Organisationen beteiligt waren, nur einmal gezählt wird, während wir hier ohne Einschränkung das Gesamtergebnis mitteilen, das sich aus den Einzelberichten der Vorstände der Zentralverbände ergibt. Soweit die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten und die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen in Frage kommen, werden die hier gemachten Angaben auch später eine Änderung nicht erfahren.

Es wurden insgesamt 3873 Kämpfe geführt, an denen 289 537 männliche und 26 505 weibliche Personen beteiligt waren. Die Gesamtausgaben für diese Kämpfe betrugen 13 297 862 Mk.

Angriffsstreiks wurden von 47 Organisationen 2265 geführt. Daran beteiligt waren 169 533 männliche und 14 223 weibliche Personen. Die Ausgaben betrugen 6 689 328 Mark. — Es endeten 1181 Streiks mit 82 315 Beteiligten erfolgreich, 588 Streiks mit 48 285 Beteiligten teilweise erfolgreich, 330 Streiks mit 22 018 Beteiligten erfolglos und 104 Streiks mit 6120 Beteiligten unbekannt.

Abwehrstreiks wurden 1048 von 42 Organisationen geführt. Beteiligt waren daran 35 515 männliche und 3415 weibliche Personen. Die Kosten beliefen sich auf 1 293 455 Mark. — Von diesen Streiks endeten 589 mit 13 616 Beteiligten erfolgreich, 128 mit 4960 Beteiligten teilweise erfolgreich, 286 mit 9086 Beteiligten erfolglos und 45 mit 4227 Beteiligten unbekannt.

Von den im Jahre 1906 an die Generalkommission angeschlossen gewesenen Organisationen waren an Streiks nicht beteiligt die Verbände der Asphaltierer, Barbiere, Blumenarbeiter, Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Notenstecher, Photographengehilfen, Schirmmacher und Zivilmusiker.

Nur Abwehrstreiks hatten zu verzeichnen die Organisationen der Fleischer, Formstecher, Gastwirtsgehilfen, Kürschner, Vergolder und Wäschearbeiter.

Aussperrungen fanden 560 statt, an denen folgende 40 Organisationen beteiligt waren: Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Gemeindearbeiter, Glasarbeiter, Glaser, Graveure, Hafenarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Hutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Maschinisten, Maurer, Metallarbeiter, Mühlenarbeiter, Portefeuiller, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Schuhmacher, Steinarbeiter, Steinsetzer, Stukkateure, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer, Vergolder und Zimmerer. Ausgesperrt wurden 84 489 männliche und 8 867 weibliche Personen. Die Aussperrungen erforderten von den Gewerkschaften eine Gesamtausgabe von 5 315 079 Mark. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter erfolgreich 168 mit 16 242 Beteiligten, teilweise erfolgreich 136 mit 47 953 Beteiligten, erfolglos 146 mit 18 466 Beteiligten und unbekannt 58 mit 3272 Beteiligten.

Die Erfolge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Bereits im vorigen Jahre wies die Statistik nach, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit den Unternehmern mehr unmittelbare Erfolge erzielt wurden, als durch den Kampf mittels Arbeitseinstellung. Dasselbe trifft auch für das Jahr 1906 zu. Bei Angriffsbewegungen und Angriffsstreiks wurde erreicht an Arbeitszeitverkürzung: ohne Arbeitseinstellung für 255 534 Personen 928 804 Stunden pro Woche, durch Streik für 75 646 Personen 289 882 Stunden pro Woche; an Lohnerhöhung: ohne Arbeitseinstellung für 491 878 Personen 852 389 Mk. pro Woche, durch Streik für 154 253 Personen 850 508 Mk. pro Woche. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen: ohne Arbeitseinstellung in 1625 Fällen für 230 247 Beteiligte, infolge Angriffsstreiks in 616 Fällen für 71 361 Beteiligte.

Die Zugeständnisse, welche die Unternehmer in den Fällen den Gewerkschaften gemacht haben, ohne daß diese zu dem Mittel der Arbeitseinstellung zu greifen genötigt waren, haben sie nicht etwa aus Liebe zu den organisierten Arbeitern gemacht, sondern teils aus Furcht vor der überlegenen Macht der Gewerkschaften und teils aus kühler Berechnung heraus. Die Unternehmer fürchten jeden Streik, weil er ihnen stets, auch im Falle eines für die Arbeiter ungünstigen Ausganges, Schaden, und oft recht beträchtlichen Schaden, zufügt. Sie lernen nach und nach einsehen, daß es für sie besser ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen und durch Abschluß von Tarifverträgen vor der Gefahr einer plötzlichen Arbeitseinstellung gesichert zu sein. Je stärker und leistungsfähiger eine Gewerkschaft ist, und je geschickter sie die wirtschaftliche Konjunktur, die Lage des Arbeitsmarktes, sowie alle anderen in Betracht kommenden Faktoren auszunützen weiß, um so mehr Erfolge wird sie ohne Streik zu erreichen in der Lage sein. Wenn dennoch so mancher Streik den Arbeitern nicht die erwünschten Erfolge bringt, so trägt daran gar oft ihr ungestümer, übrigens begreiflicher und entschuldbarer Drang die Schuld, indem sie sich durch die Unternehmer, oft entgegen den Ermahnungen ihrer Führer, zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provozieren lassen. So ist auch bei Abschluß korporativer Arbeitsverträge die weiseste Vorsicht

---

Ein verlornes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(27. Fortsetzung.)

„Und weil ich hier zufällig bin, muß ich es sein. Nun, wenn Sie einen jeden so anreden wie mich, werden Sie noch viel grobe Worte hören; ich kann gottlob einen Scherz vertragen. Aber was wollen Sie denn von dem Manne?"

Hugo schien zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß er sich in seiner Vermutung geirrt habe.

„Das laßt meine Sache sein," gab er kurz zur Antwort.

„Hoho, Herr!" rief List. „Wäre ich auch so kurz angebunden gewesen, so würden wir uns bereits in den Haaren liegen. Sie sind zwar eine Anzahl Jahre jünger als ich und einen Kopf länger, es dürfte aber dennoch zweifelhaft sein, wer am schlechtesten dabei weggekommen sein würde. Ich habe schon manchen über den Haufen geworfen, der noch länger war als Sie und nicht einmal so kurz. Wenn Sie sich das merken wollen, so habe ich nichts dagegen."

Hugo mochte einsehen, daß er dem Manne zu schroff entgegengetreten war.

„Ich habe Euch damit nicht beleidigen wollen," sprach er einlenkend. „Ihr werdet selbst einsehen, daß man nicht jedes Geschäft, das man im Sinne hat, einem Fremden mitteilen kann."

„Zumal ein Geschäft mit einem Manne wie List," bemerkte dieser. „Ich hätte es Ihnen nicht angesehen, daß Sie dahinaus wollten, wenn Sie mir begegnet wären; ich hätte Sie für einen ganz ehrlichen Mann gehalten."

„Und wer sagt Euch, daß ich es nicht bin?"

„Ihr Geschäft mit dem Räuber."

„Und kann ich mit dem nicht auch ein ehrliches Geschäft haben?"

List zuckte zweifelnd mit den Achseln.

„Der Mann ist ein Räuber," sprach Hugo, „und dennoch soll er ehrlicher und rechtschaffener sein als mancher, der für einen guten Mann gilt."

Es zuckte eigentümlich über List's Gesicht hin.

„Sie kennen ihn ja nicht," bemerkte er.

„Ich habe genug von ihm gehört. Wäre das nicht der Fall, so möchte ich am wenigsten mit ihm zu schaffen haben."

„Nun, dann sagen Sie mir, was Sie wollen," rief List lächelnd. „Sie haben sich nicht geirrt, ich bin der, den Sie suchen."

Erstaunt blickte Hugo ihn an. Scherzte der Mann mit ihm? Er sah ihm so ruhig ins Auge.

„Ihr wäret List?" fragte er.

„Ich bin es, und ich denke, Sie werden es mir nicht verargen, daß ich mich nicht sofort einem Fremden zu erkennen gebe."

„So hat mich doch meine Vermutung nicht betrogen!" rief Hugo.

„Und weshalb vermuteten Sie, daß ich List sei?"

„Ich weiß es selbst nicht genau. Es liegt etwas in Eurem Auge, in Euren Zügen, welches mir verriet, daß Ihr kein gewöhnlicher Mensch sein könntet. Der Wirt sagte mir zwar, daß Ihr nicht hier wäret, daß er Euch nicht kenne, er sagte dies indes so zögernd, daß ich ihm nicht glaubte."

„Nun sagen Sie mir, was Sie von mir wünschen und wer Sie sind!"

Hugo setzte sich zu ihm, nannte ihm seinen Namen, erzählte ihm seine Liebe zu Anna, die Hoffnungen und Weigerung seines Vaters, Annas Verschwinden und seine vergeblichen Bemühungen sie aufzufinden.

„Helft mir sie suchen," fuhr er lebhaft fort, „Ihr sollt ja das ganze Land kennen und viele Verbindungen haben. Es ist mir erzählt worden, Ihr hättet Annas Vater nur aus Versehen erschossen, Ihr hättet sogar ihre Mutter unterstützen wollen. Anna ist unglücklich, denn sie liebt mich ebenso innig, wie ich sie, — sucht sie aufzufinden und macht dadurch an ihr wieder gut, was Ihr an ihrem Vater verschuldet habt. Es würde alles anders gekommen sein, wenn er noch lebte."

Ohne ein Wort einzuwerfen hatte List zugehört. Nur sein leuchtendes Auge verriet, wie sehr ihn diese Mitteilungen interessierten. Jetzt sprang er auf.

„Ich werde sie suchen," rief er, „und ich werde sie auch finden, verlassen Sie sich darauf!"

Seine Stimme bebte leise. Er war nicht imstande, die Aufregung, die ihn erfaßt hatte, zu verbergen oder zurück zu drängen.

„Es ist nicht meine Absicht gewesen, dem Landschöppen ein Leid zuzufügen, so wahr wie ich hier vor Ihnen stehe," fuhr er fort. „Der Mann hatte mir nie ein Unrecht getan. Ich hatte ein Pistol in der Hand, er wollte es mir entreißen, da, während des Ringens entlud es sich — der Schuß hätte mich so gut wie ihn treffen können. Und doch habe ich mir Vorwürfe gemacht. Mit Gefahr meiner Freiheit und meines Lebens ging ich zu seiner Frau; ich versprach, sie zu unterstützen, sie wies meine Hilfe zurück. Durch eine zweite Hand habe ich ihr mehrere Male Geld zugeführt, ohne daß sie weiß, daß es von mir gekommen ist. Sie, Herr, sollen mich nicht vergebens gemahnt haben, an dem Mädchen wieder gut zu machen, was ich an dem Landschöppen verschuldet habe. Hier meine Hand darauf!"

Er streckte Hugo die Hand entgegen, welche dieser ohne Zaudern annahm.

„Und wo treffe ich Sie, um Ihnen Nachricht geben zu können, wenn ich das Mädchen nun aufgefunden habe?" fragte List.

Hugo nannte Brands Namen.

List lächelte.

„Ich kenne den Mann," sprach er. „Ich habe ihm einen kleinen Dienst erwiesen, — nun weiß ich auch, weshalb Sie trotzalledem nicht schlechter von mir denken. Und Sie sollen nicht umsonst diese gute Meinung von mir gewonnen haben!"

Noch länger als eine Stunde blieben beide zusammen. List erzählte Hugo manches aus seinem Leben und als dieser endlich aufstand, um den Heimweg anzutreten, schüttelte er List so herzlich die Hand, als wäre er ein langjähriger Freund von ihm.

Acht Tage später saßen in einem Wirtshause am hallischen Tore in Leipzig drei Männer in dem Gastzimmer bei einer Flasche Wein. Obschon sie erst an dem Morgen in Leipzig angekommen waren, behandelte der Wirt sie dennoch mit der größten Zuvorkommenheit und bediente sie selbst.

Durch Melsius kannte List Pfautz' Persönlichkeit bereits, dennoch versuchte er den Wirt über den Professor auszuforschen. Vielleicht erhielt er einige Andeutungen, die ihm nützen konnten.

„Kennt Ihr den Professor Pfautz?" fragte er den Wirt, indem er sich auf dem Stuhle zurücklehnte und würdevoll die Beine von sich streckte.

geboten, daß diese nicht zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ablaufen, wo es den Unternehmern möglich ist, ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern recht fühlbar zu machen. An den Erfolgen der Abwehrbewegungen und Abwehrstreiks sehen wir, daß die Unternehmer nur dann den Versuch zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen machen, wenn dazu die Zeit für sie günstig ist. Es zeigt sich, daß hierbei auf dem Wege der Unterhandlungen nicht viel zu erreichen ist, daß vielmehr die geplanten Verschlechterungen hauptsächlich durch den Streik, und auch dann nicht in allen Fällen, abgewehrt werden können. Je stärker und widerstandsfähiger aber eine Gewerkschaft ist, desto mehr wird auch bei Abwehrbewegungen auf dem Wege des Parlamentierens erzielt werden; denn das Unternehmertum geht nicht blindlings in den Kampf, seine Sekretäre und nationalökonomisch und juristisch gebildeten Berater wissen die Chancen wohl abzuwägen. Schon der Versuch einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird unterbleiben einer starken gewerkschaftlichen Organisation gegenüber, die nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzt, ihre Position nachhaltig zu verteidigen.

Bei den Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen und bei Abwehrstreiks wurden verhindert Arbeitszeitverlängerung: ohne Arbeitseinstellung für 979 Personen 4872 Stunden pro Woche, durch Streik für 1065 Personen 4522 Stunden pro Woche; Lohnreduzierung: ohne Arbeitseinstellungen 2842 Personen 6197 Mk. pro Woche; durch Streik für 4888 Personen 13 471 Mk. pro Woche.

Nicht zu verhindern war, daß insgesamt für 708 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3881 Stunden pro Woche und für 1122 Personen eine Lohnkürzung von 2749 pro Woche eintrat.

Gerade darin zeigt sich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, daß sie die Unternehmer zwingt, sie als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen, und die Erfolge der letzten zwei Jahre beweisen, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich eine solche Machtstellung zum Teil bereits erobert haben und daß die von ihnen befolgte Taktik sie zum Ziele führen wird.

Trotz der großen Erfolge, die die Gewerkschaften auf gütlichem Wege zu erringen vermochten, sind die Streiks und Aussperrungen zahlreicher geworden und die dafür aufzuwendenden Kosten ganz gewaltig gestiegen. Auch das ist ein Beweis der Energie, von der die deutschen Gewerkschaften erfüllt sind. Was nicht auf gütlichem Wege zu erreichen ist, muß erkämpft werden. Nur durch die stete Kampfbereitschaft vermögen die Gewerkschaften sich die Achtung vor dem Feinde und die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erringen.

Es ist ganz natürlich, daß das Unternehmertum diesem immer mächtiger werdenden Gegner den entschiedensten Widerstand entgegensetzt und deshalb jede ihm geeignet erscheinende Gelegenheit benutzt, durch Aushungerung dem Feinde die Kraft zu brechen. Sei es, daß die Gewerkschaften zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provoziert werden, oder man schreitet direkt zur Aussperrung. Jedoch auch mit diesem Gewaltmittel wurde bisher der Zweck nicht erreicht, und er wird auch nicht erreicht werden. Zwar ist nicht zu leugnen, daß einzelne Organisationen infolge größerer Aussperrungen nicht zu unterschätzender Schaden zugefügt worden ist, doch der Schaden, welchen die Unternehmer dabei erlitten, war in der Regel noch größer, und die Lehre, die die Unternehmer daraus ziehen, ist zu erkennen an den Erfolgen der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung.

(Fortsetzung folgt.)

Versammlung der Bürgerschaft.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Stender: Eine Notiz im „Lübecker Volksboten" hat mir Worte unterlegt, die ich nie gesprochen habe. Was ich in der Bürgerschaft gesagt habe, halte ich voll aufrecht. Gewiß bin ich der Ansicht, daß der Tarif innegehalten werden muß, aber nicht nur seitens der Arbeitgeber, sondern auch seitens der Arbeitnehmer. Wenn der Antrag Wissell angenommen wird, sind die Unternehmer gebunden, die Arbeitnehmer jedoch nicht; schon deshalb darf der Antrag Wissell nicht angenommen werden. Ich bin nicht dafür eingetreten, daß sämtliche Arbeiten nur an hiesige, sondern möglichst an hiesige Unternehmer vergeben werden. Redner teilt mit, daß schon wieder zwischen den Bauunternehmern und den Bauarbeitern Differenzen ausgebrochen sind, die hoffentlich friedlich erledigt werden. Ich bin der Meinung, daß freie Konkurrenz sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern herrschen muß.

Senator J. H. Evers [illegible] die Ergebnisse des Statistischen Amtes, die Wissell angeführt hat, als nur vorläufig hinzustellen. In der Arbeit des Statistischen Amtes wird nicht das Interesse der Allgemeinheit, sondern dasjenige der Arbeitnehmer vertreten. In Lübeck sind bereits Bestimmungen bei Vergebung von Submissionsarbeiten getroffen, die einer Schädigung der Arbeiter vorbeugen sollen. Der Antrag Wissell läßt auch die Frage offen, was denn gezahlt werden soll, wenn in einem Gewerbe kein Tarif zustande kommt. Der Staat kann nicht denselben Lohn zahlen wie die privaten Unternehmer, weil er seine Leute das ganze Jahr über beschäftigt und sie auch in ihren alten Tagen nicht entläßt. Die Annahme des Wissellschen Antrages liege nicht im Interesse des Staates und der Arbeiter, jedoch könne man denselben immerhin zur Prüfung an eine Kommission verweisen.

Peters kann den Ausführungen Wissells nicht beistimmen, da durch die Annahme des vorliegenden Antrages der Staatssäckel leiden wird. Die Allgemeinheit wird gewiß keinen Vorteil davon haben. Bei verschiedenen Arbeiten ist die Heranziehung auswärtiger Arbeiter notwendig, weil besonders schmutzige Arbeiten, wie etwa beim Theaterbau, von hiesigen Arbeitern nicht ausgeführt werden.

Wissel: Nach dem Stenogramm hat Herr Stender gefordert, daß in erster Linie sämtliche Arbeiten an hiesige Arbeitgeber vergeben werden sollen. Damit würde man jede Konkurrenz ausschließen. Herr Senator Evers hat die Frage erörtert, welche Löhne denn gezahlt werden sollten, wenn einmal keine Tarife zustande kämen. Der Herr Kritiker scheint demnach meinen Antrag nicht einmal gelesen zu haben, denn es heißt in demselben, daß in diesem Falle Löhne gezahlt werden sollen, die in dem betreffenden Gewerbe als üblich und anständig gelten. Mir ist vom Senator Evers unterstellt worden, als ob ich wesentliches aus dem Werk des statistischen Amtes verschwiegen hätte. Das ist aber nicht der Wahrheit gemäß. Daß ich ganz Selbstverständliches nicht besonders hervorgehoben habe, ist doch erklärlich. In verschiedenen süddeutschen Gemeinden ist das, was in meinem Antrag gefordert wird, bereits eingeführt, ebenso in den meisten Städten Englands. Auch aus den Mitteilungen des „Reichsarbeitsblattes" ergibt sich, daß mit der Annahme meines Antrages eine wesentliche Belastung des Staates nicht verbunden ist. In der Fürsorge für die Arbeiter wird Lübeck von vielen anderen Staaten längst überflügelt. Ich erinnere noch an die mangelhafte Unfallfürsorge für die Arbeiter am städtischen Wasserbauplatz. Wo bleibt ferner die Pensionsversicherung der Arbeiter, die bereits vor langer Zeit in Aussicht gestellt worden ist? Hier läßt man sich ebensoviel Zeit, wie es bei den Arbeiten der prähistorischen Kommission für das Verwaltungsgericht geschieht.

Senator J. H. Evers: In den meisten Städten wird nach dem Antrag Wissell nicht verfahren; nur in zwei Gemeinden ist das der Fall.

Glasau wünscht, daß auch den Arbeitnehmern die Verpflichtung zur Innehaltung der tariflichen Bestimmungen auferlegt wird.

Thiel: In Belgien handelt es sich nicht um Tariflöhne, sondern um Minimallöhne. Das ist doch ganz etwas anderes. Die Tendenz der Anträge Wissell läuft auf eine Förderung der Tarifgemeinschaften hinaus. Man kann über Tarife denken, wie man will; man kann sie für einzelne Gewerbe für zweckmäßig halten, für andere nicht. Einzelne große Arbeiten können von hiesigen Unternehmern nicht zur Ausführung gebracht werden, weil sie besondere Fertigkeiten verlangen; so beispielsweise die geplante Dorpeldrehbrücke. Die Anträge Wissell sind, so wie sie gestellt sind, praktisch nicht durchführbar. Immerhin erscheinen sie jedoch einer kommissarischen Prüfung wert zu sein.

Dr. Meyer tritt, nach reiflicher Lektüre des von Wissell angeführten Werkes, für Kommissionsberatung ein.

Dr. Lienau ist derselben Meinung, wie Dr. Meyer.

Wissell: Herr Senator Evers meinte, daß das, was wir fordern, nur in zwei Städten eingeführt wäre. Das ist ganz unrichtig. In vielen Gemeinden wird so verfahren, wie wir es wünschen! In zwei Städten, nämlich Straßburg und Mülhausen, legt die Stadt sogar den zu zahlenden Lohn fest. Die Bedenken des Herrn Thiel sind leicht zu beseitigen, denn es ist doch festzustellen, was in einzelnen Branchen als üblich und anständig gilt. In Belgien handelt es sich um Minimallöhne, die den Tariflöhnen entsprechen. Da Sie meinen Antrag doch nicht ohne weiteres annehmen werden, so bitte ich, denselben an eine Kommission zu verweisen.

Der Antrag Wissell wird an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen.

Nun erfolgt die wiederholte Beratung der Anträge Wissell: 1. betr. Ersuchen an den Senat wegen Errichtung 1. einer Fürsorge für Tuberkulöse und Lungenkranke, 2. einer Walderholungsstätte; 2a betr. Ersuchen an den Senat wegen 1. einer Fürsorgestelle für Mütter und Säuglinge, 2. der Errichtung von Milchküchen zur Bereitung von Säuglingsmilch, 3. Stillprämien an Mütter und Hebammen; b. eventuell: Ersuchen an den Senat, mit der Bürgerschaft in gemeinsamer Kommission über Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu beraten.

Wissell glaubt, daß seine Anträge keine Annahme finden werden und wünscht deshalb, daß wenigstens die Vorschläge der Kommission baldigst zur Durchführung gelangen. Ich will noch kurz auf eine in der „E.-Z." früher einmal an mich gestellte Frage eingehen, weshalb ich derartige Anträge gestellt habe, wenn ich diese Fürsorge doch nur als im Interesse der herrschenden Klassen, die Kanonenfutter und Arbeitskräfte brauchen, liegend ansehe. Ich habe zwar diesen Ausspruch, der mir in den Mund gelegt wird, nicht getan, halte ihn aber im wesentlichen für richtig. Von den besitzenden Klassen wird immer höchstens nur soviel sozialhygienische Fürsorge getroffen, als durch die Verhältnisse unbedingt notwendig ist. Wir wollen prinzipielle Fürsorge für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten und halten die private Wohltätigkeit nicht für ausreichend. Lieber ein Quentchen Recht als einen Scheffel Wohlwollen.

Die Anträge Wissell werden abgelehnt.

Nunmehr gelangt zur Beratung eine Eingabe des Gastwirts Friedr. Siemssen, betreffend die durch die Höherlegung der Straße An der Untertrave hervorgerufenen Veränderungen an seinem Grundstück.

Baethcke nimmt den Antrag auf und bittet um Verweisung desselben an den Bürgerausschuß. Die Zustände in der betr. Wirtschaft sind durch die Straßenregulierung derartige geworden, daß wir für Abstellung dringend Sorge tragen müssen.

Jenne tritt dem Antrag Baethcke bei und weist auf die durch die Regulierung der Engelsgrube geschaffenen Schäden für die Anlieger hin.

Thiele ist ebenfalls für den Antrag Baethcke. Wenn die Wohnungspfleger die durch die Regulierung entstandenen Zustände an der Untertrave und der Engelsgrube prüfen, werden sie einschreiten müssen.

Senator J. H. Evers ist mit der Verweisung der Eingabe von Siemssen an den Bürgerausschuß einverstanden.

Th. Schwartz: Die Anwohner der Engelsgrube und der Untertrave sind durch die Regulierung der Straßen sehr geschädigt. Es müßte ein Anspruch auf gesetzliche Entschädigung geschaffen werden. Wenn Hochwasser kommt, so sind die Bewohner der Gänge in der Mausefalle und müssen über die Dächer gerettet werden. Das Hochwasser kommt nicht über die Kais, sondern durch die Siele in die Häuser. Es ist notwendig, daß Bürgerschaftskommissionen, wie sie in Hamburg bestehen, alle wichtigeren Senatsvorlagen gründlich prüfen.

A. Pape meint, daß man den in der Engelsgrube wohnhaften Stellvertreter des Wortführers bei der Straßenregulierung bevorzugt habe, indem man bei seinem Grundstück einen wellenförmigen Einschnitt geschaffen habe, was bei anderen Anliegern nicht geschehen sei.

R. Kähler schildert die Art, wie bei der Regulierung der Engelsgrube gearbeitet worden ist.

Jenne hat von einer Begünstigung, die ihm nach den Ausführungen Papes geworden sein soll, nichts gemerkt; jedenfalls habe er eine solche nicht verlangt.

Th. Schwartz: In der Engelsgrube sind bei verschiedenen Häusern Menschenfallen bei Glatteis geschaffen worden.

Nach weiteren Bemerkungen der Herren Thiele und A. Pape wird der Antrag an den Bürgerausschuß verwiesen.

Nunmehr gelangt zur Beratung ein Antrag von Professor Dr. Baethcke auf Gewährung einer Teurungszulage an die Beamten.

Baethcke: Der Wunsch der Beamten geht dahin, daß ihnen baldmöglichst eine einmalige Teuerungszulage gewährt wird. Ich beantrage den Antrag an den Bürgerausschuß zu verweisen.

Senator Dr. Eschenburg ist mit der Verweisung der Vorlage an den Bürgerausschuß einverstanden, zumal dem Bürgerausschuß demnächst eine Vorlage betr. Gehaltsaufbesserung der Beamten zugehen wird.

Wissell: Ich gönne den Beamten eine Zulage durchaus; ich möchte jedoch, daß auch den staatlichen Arbeitern, die weit schlechter als die Beamten entlohnt werden, eine Erhöhung ihrer Bezüge zuteil wird.

Thiele wünscht eine Teurungszulage für die Hilfsarbeiter.

Klein verlangt die Aufnahme der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Etat und gleichmäßige Gewährung der Zulagen an alle Hilfsarbeiter. Auch eine Unterstützung der Ruhegehaltsempfänger sei notwendig.

Senator Dr. Eschenburg: Den Beamten soll die Zulage schon vom 1. April d. J. an zuteil werden.

Schneider wünscht, daß recht bald etwas für die Beamten geschieht, da ihre Not eine sehr große ist.

„Gewiß, gewiß kenne ich den Herrn Professor," entgegnete der Wirt, der sein Käppchen in größter Ergebenheit in der Hand hielt, weil List von seinem [illegible] Weine genommen hatte, und dabei verlegen lächelnd dastand. „Ein sehr [illegible] Herr. Kommt jeden Tag hier vor meinem Hause durch, grüßt mich jedesmal sehr freundlich und herablassend, wenn ich am Fenster oder vor der Haustür stehe, und geht dann zum [illegible] der [illegible]. Ein sehr freundlicher Herr."

„Ich weiß, daß er ein sehr gelehrter Mann ist, und deshalb wünschte ich ihn genau kennen zu lernen," bemerkte List.

„Ei, ein sehr gelehrter Mann," fuhr der Wirt eifrig fort. „Ich verstehe freilich von Gelehrtenkram nicht viel und [illegible] mir nicht zukommen, über einen Herrn Professor ein Urteil zu fällen, allein ich weiß, was andere von ihm sprechen, was die ganze Stadt sagt, und nur das erzähle ich wieder, nicht mehr. Ich werde Ihnen gern den Herrn Professor zeigen, ich weiß so ungefähr die Zeit, wann er hier vorüber kommt, denn er ist ein sehr pünktlicher Herr; ich werde mich dann an das Fenster stellen, und wenn ich ihn kommen sehe, werde ich Sie rufen und sagen: der da ist der Herr Professor Pfautz."

Ein herablassendes Lächeln glitt über [illegible]

„Guter Mann, das Sehen allein genügt [illegible]" erwiderte er. „Ich möchte ihn sprechen, möchte [illegible] kleines Gespräch mit ihm anknüpfen, möchte [illegible] Fragen vorlegen, um seine Ansichten über [illegible] hören. Es wäre mir sehr angenehm, wenn [illegible] seinen Verhältnissen etwas Näheres erfahren könnte, denn ich kann sogleich viel unbefangener [illegible]. Ist er verheiratet?"

„Ei, gewiß", rief der Wirt. „Er kommt ja jeden Sommer nachmittags mit seiner Frau und seiner ganzen Familie hier durch."

„Wie groß ist seine Familie?" forschte List weiter.

Der Wirt sann nach.

„Ich sehe sie nun so oft", erwiderte er, „und dennoch kann ich es nicht genau sagen. Vier oder fünf Kinder hat er auf jeden Fall."

„Ist nicht ein junges Mädchen von etwa achtzehn Jahren bei ihm?"

„Ganz recht, ganz recht", fiel der Wirt hastig ein. „Ein reizendes Mädchen. Ich hielt es erst noch kürzlich für des Professors älteste Tochter, bis ich erfuhr, daß es nicht sein Kind sei."

„Kennt Ihr den Namen des Mädchens?"

„Nein."

„Und Ihr wißt auch nicht, woher es ist?"

„Auch nicht. Unser einer hat so viel im Kopfe, viel Sorgen und viel Arbeit, so daß man sich um andere nur so nebenbei kümmern kann. Aber Sie können ja den Herrn Professor selbst danach fragen, wenn Sie einmal Interesse daran nehmen."

List brach das Gespräch ab. Er hatte seinen Plan, um zum Ziele zu gelangen, bereits entworfen. Durch Melsius wußte er, wann die Vorlesungen des Professors stattfanden und sie beschloß er zu besuchen.

Noch an demselben Tage führte er, von Schwarze begleitet, dies aus. Auf der Ritterstraße besaß Pfautz ein Haus, welches er bewohnte und in dem er zugleich seine Vorlesungen hielt. Von Melsius genau informiert, begab er sich dorthin. Es gewährte ihm noch ein besonderes, persönliches Interesse, denn so viel er auch in seinem Leben gesehen und erfahren, einer Vorlesung hatte er noch nie beigewohnt.

„Ruhig, ohne die geringste Neugier zu verraten, trat er in das Auditorium ein. Eine Anzahl Studenten saßen bereits auf ihren Plätzen. Alle richteten die Augen auf ihn. Er schien es kaum zu bemerken, nur mit einem langsamen Neigen des Kopfes grüßte er. Dann ließ er sich nieder.

Erst jetzt ließ er den Blick in dem Raume umherschweifen, aber nicht neugierig, sondern prüfend, gleichsam mit anderen ähnlichen Räumen vergleichend. Auch die Studenten überblickte er musternd. Das waren meistens Gestalten, welche ihm gefielen, groß und kräftig.

Da trat der Professor ein, eine große, hagere, starkknochige Gestalt. Das Gesicht war lang, die Wangen waren eingefallen, die Backenknochen traten stark hervor und die Augen lagen tief im Kopfe. Sie waren klein und blickten unruhig, fast scheu. Dazu lag in seinen Bewegungen etwas Ungeschicktes, woran vielleicht seine auffallend langen Arme schuld waren.

Langsam, gravitätisch, mit dem Kopf zweimal zum Gruß nach jeder Seite nickend, schritt er auf den Katheder zu und ließ sich darauf nieder.

Das alles geschah so abgemessen, daß sofort zu erkennen war, er mache es jeden Tag so. List hatte nicht eine Sekunde lang den Blick von ihm gewandt. Die ganze Erscheinung des Professors mißfiel ihm. Er erriet auf den ersten Blick, daß nichts Natürliches und Unbefangenes in ihm war. Der scharf fixierende und zugleich unruhige Blick seiner Augen wirkte unangenehm.

Und doch war es List sehr lieb, daß er ihn zuvor gesehen, ehe er zu ihm gegangen war. Er wußte nun zum wenigsten, daß er sich diesem Manne gegenüber auf das Äußerste zusammen nehmen mußte.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte er der Vorlesung, der Gegenstand interessierte ihn und kurz, wie wenige Minuten, schwand ihm die Stunde dahin.

Ganz in derselben Weise wie er gekommen war, mit demselben zweimaligen Neigen des Kopfes nach jeder Seite hin, verließ der Herr Professor wieder das Auditorium.

List folgte ihm, indem er Schwarze auftrug, vor dem Hause auf ihn zu warten. In des Professors Wohnung ließ er sich anmelden und ward auch sogleich von ihm empfangen.

Indem er sich als Doktor Mosel aus Ungarn ihm vorstellte, ihm über die Vorlesung, welche er angehört hatte, viel Schmeichelhaftes sagte und hinzufügte, daß er nur seinetwegen nach Leipzig gekommen sei, gelang es ihm, Pfautz sofort für sich einzunehmen. Mit einer außerordentlichen Gewandtheit wußte er das Gespräch in der Weise zu leiten, daß er mit seinen Kenntnissen sich keine Blöße gab.

Er lenkte die Unterhaltung auf die Stadt, auf des Professors persönliche und Familienverhältnisse.

Bis dahin schien ihm Pfautz mit größter Unbefangenheit entgegengekommen und gefolgt zu sein. Mit einem Male wurde er schweigsamer, er blickte List schärfer an und doch wußte dieser nicht, daß er sich durch irgend ein Wort verraten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

R. Thiel regt an, der Volksschullehrerinnen und der Hilfslehrerinnen zu gedenken.

A. Pape wendet sich gegen die Bevorzugung irgendwelcher Beamten, wie sie nach bekannt gegebenen Vorkommnissen manchmal erfolgt ist.

Schulmerich tritt für die Hilfslehrer ein.

Der Antrag Baethcke wird an die Kommission verwiesen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Antrag von Dr. Ziehl und 50 Mitgliedern der Bürgerschaft auf Einführung einer zweiten Lesung.

Dr. Ziehl hält eine eingehende Begründung seines Antrages nicht für notwendig, da in der Bürgerschaft über seine Zweckmäßigkeit wohl nur eine Stimme herrscht. Es ist jedoch zunächst eine Abänderung des § 46 der Verfassung notwendig. Der vorgeschlagene Entwurf lautet: Auf alle Anträge des Senates muß in derselben Versammlung, in welcher sie gestellt sind, ein Beschluß gefaßt werden. Es steht jedoch der Bürgerschaft frei, einen Antrag des Senates zunächst einer aus ihrer Mitte zu ernennenden Kommission zur Begutachtung zu überweisen und bis zur Erstattung des Gutachtens ihre Entscheidung auszusetzen. Wenn eine solche Kommission über irgend einen Punkt noch eine Aufklärung für erforderlich erachtet, so kann sie dieserhalb eine Besprechung mit den Kommissaren des Senates begehren. Die Kommissare des Senates sind befugt, Mitteilung des Gutachtens der Kommission zu verlangen, bevor über die Sache weiter verhandelt wird. Auch steht es der Bürgerschaft frei, über einen Antrag eine zweite Beratung und Abstimmung (zweite Lesung) stattfinden zu lassen; eine solche ist nur zulässig, wenn der Antrag in der ersten Lesung eine Zweidrittel-Mehrheit nicht gefunden hat. Der Antrag auf eine zweite Lesung ist vor der Schlußabstimmung in erster Linie zu stellen. Er bedarf der Unterstützung von 20 Mitgliedern, falls die zweite Lesung nicht vom Wortführer selbst in Vorschlag gebracht wird. Die Bürgerschaft beschließt über den Antrag auf zweite Lesung mit einfacher Stimmenmehrheit ohne Diskussion. Die zweite Lesung hat spätestens vierzehn Tage nach der ersten stattzufinden. Anträge auf Abänderung der Verfassung bedürfen stets der zweiten Lesung. Die vorstehenden Bestimmungen, soweit sie die zweite Lesung betreffen, finden auf die Beratung und Abstimmung über das Staatsbudget und das Budget der städtischen Gemeindeanstalten keine Anwendung. — Die Verhandlungen über Anträge des Senates haben vor allen anderen den Vorzug und dürfen nicht ohne Zustimmung der Kommissare des Senates durch anderweitige Geschäfte unterbrochen werden. — Erst wenn die Verfassung abgeändert ist, kann auch die Geschäftsordnung entsprechend abgeändert werden.

Th. Schwartz wünscht, daß auch das Staatsbudget einer zweimaligen Lesung unterzogen wird. Ferner verlangt er ständige Sektionen der Bürgerschaft und rechtzeitige Bekanntgabe der Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlungen. Jetzt bekommen wir die Senatsanträge häufig so spät, daß fast nur Beamte Zeit dazu haben, die Vorlagen richtig zu studieren. Schließlich tritt Redner für die Herausgabe eines Gesetz- und Verordnungsblattes ein, in dem alle amtlichen Bekanntmachungen enthalten sind. Man kann doch nicht verlangen, daß die Bürgerschaftsmitglieder gezwungen sind, die unsympathischen „Lübeckischen Anzeigen" zu halten.

Senator Dr. Eschenburg: Die Wünsche des Herrn Schwartz sind ja tatsächlich erfüllt, denn wir haben bereits ein Gesetz- und Verordnungsblatt.

Schneider: Die Beamten haben auch nicht immer soviel Zeit, wie Herr Schwartz meint. (Schwartz: Es war auch nicht so bös gemeint. Heiterkeit.)

A. Pape: Es wäre wünschenswert, wenn man die Verfassung ganz ummodeln würde und sich nicht auf das beschränkt, was der Antrag Ziehl verlangt. In den Bürgerausschuß, wie er jetzt besteht, können nur Rentiers und Beamte kommen. Sozialdemokraten und Leute von der Presse würde man nie hineinwählen. Der Bürgerausschuß hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der berüchtigten S-Kasse, über die auch nicht gesprochen werden darf.

Dobberstein ist für die zweiten Lesungen.

Wissell: Wir sind gewiß bereit, an der Verfassung herumzumodeln und würden dieselbe gern unseren Wünschen entsprechend gestalten. Dann gäbe es so bald nichts mehr daran zu ändern. Wenn Herr Pape sagt, Sozialdemokraten würden nie in den Bürgerausschuß gewählt, so bin ich anderer Meinung. Ich hoffe, daß wir nach den Neuwahlen eine unserer Stärke entsprechende Vertretung im Bürgerausschuß finden werden. Das ist doch selbstverständlich und ein einfaches Gebot der Höflichkeit.

Nach einigen kurzen Bemerkungen von Dr. Ziehl und Dobberstein wird der Antrag Ziehl an den Bürgerausschuß überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 9½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Die staatliche Stenographie-Konferenz. Der Staatssekretär des Innern hat sich im Einvernehmen mit dem Kultusminister für die Veranstaltung einer staatlichen Stenographie-Konferenz entschieden, die auch die Billigung des Reichskanzlers gefunden hat. Die Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen und Österreichs werden zu dieser Konferenz zusammentreten, sobald die von den verschiedenen Stenographie-Verbänden bereits gewählten 23 Sachverständigen das neue Einheitssystem ausgearbeitet und dem Reichsamt des Innern eingereicht haben.

Bassermannscher Tratsch. In der „Schwäb. Tagwacht" erschien dieser Tage eine Erklärung des Genossen Bebel, die an die Adresse des Herrn Bassermann gerichtet ist. Sie beginnt: „Von einem Augen- und Ohrenzeugen der Herbstwanderversammlung der Deutschen Partei in Eßlingen wird mir mitgeteilt, Herr Bassermann habe in jener Versammlung die Äußerung gemacht:

„Es ist uns mitgeteilt worden, daß August Bebel sofort nach den Wahlen gesagt haben soll, sein Lebenszweck sei zerstört, und jetzt ist er voller Optimismus."

Herr Bassermann ist das Opfer eines Leutschen geworden. Ich habe nie, weder mündlich noch schriftlich eine solche oder ähnlich auszulegende Äußerung gemacht, aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie meinen Überzeugungen widerspricht."

Achtung, Kopenhagen! Der deutsche sozialdemokratische Arbeiterverein „Vorwärts" hält jeden Sonnabend 8½ Uhr seine Zusammenkünfte ab im Vereinslokal „Cafe Transval", Knabrosträde 3. Gäste willkommen.

Aus Nah und Fern.

Panik. In Zittau entstand Freitag abend eine Panik bei einem Wohltätigkeitsfest in den dortigen Sonnensälen, zu dem sich etwa 500 Menschen versammelt hatten. In dem reichdekorierten Saal brach plötzlich Feuer aus. Alles flüchtete dem einzigen Ausgang zu, der schnell verstopft wurde. Nur dem energischen Eintreten mehrerer besonnener Männer ist es zu danken, daß unabsehbares Unglück verhütet wurde. Zwei Feuerwehrleute verunglückten beim Löschen schwer. — Infolge einer Explosion entstand in einem Genter Kinematographentheater eine heftige Feuersbrunst. Der Saal war von 800 Zuschauern angefüllt, die von wilder Panik ergriffen dem Ausgange zudrängten. Dabei wurden eine Anzahl Personen zu Boden getreten und verletzt. Der Mechaniker und sein Sohn erlitten schwere Brandwunden. Sonst ist niemand erheblich verletzt.

Eisenbahners Tod. Die Morgenblätter melden: Auf dem Bahnhof Hilbersdorf wurde der verheiratete Schaffner Henneberg beim Überschreiten der Geleise von einem abrollenden Wagen überfahren und getötet — Auf dem Bahnhof in Döbeln geriet der verheiratete Wagenschreiber Nagel unter einen in Bewegung befindlichen Wagen und verstarb sofort.

Mord- und Selbstmordversuch. Wie aus Posen gemeldet wird, versuchte dort ein Agent, der mit der Frau eines Oberinspektors nach dem Ausflugsort Unterberg gefahren war, diese und sich selbst zu erschießen. Die Frau ist nur leicht, der Agent schwer verletzt. Beide wurden ins Krankenhaus geschafft.

Ihren Liebhaber getötet. Die 22jährige Christine Müller in Düsseldorf tötete ihren Liebhaber durch 3 Revolverschüsse und brachte sich eine leichte Schußwunde bei. Der Getötete war erst kürzlich nach Ableistung seiner Dienstpflicht bei der Marine in die Heimat zurückgekehrt.

Auch eine Frucht der preußischen Volksschule. Folgende Bescheinigung ist kürzlich der Hildesheimer Polizeidirektion zugegangen: „Iggat de Stiere, das der Schanddarm dreifache Bunden abgeliefert hat. N. N., Gemeindevorst." — Soll heißen: Ich arretiere, daß der Gendarm drei Vagabunden abgeliefert hat. N. N., Gemeindevorsteher.

Zum Eisenbahnunglück auf der Brohltalbahn. Die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft, der die Brohltalbahn gehört, versendet eine Mitteilung, der folgendes zu entnehmen ist. Vor der Station Ober-Zissen endet die mit einer Zahnstange versehene 1:20 geneigte Rampenstrecke, auf der die höchst zulässige Geschwindigkeit nach den Bestimmungen der Aufsichtsbehörde 15 Kilometer, nach der Fahrordnung der Brohltalbahn nur 10 Kilometer pro Stunde beträgt. Der Zug bestand aus einer schweren Lokomotive, System Abt, für Zahnstangen und Admissionsbetrieb, einem Packwagen, einem Personenwagen und acht beladenen Güterwagen. Hinter dem Packwagen liefen zwei Selbstentlader, System Talbot. Alle Wagen der Brohltalbahn haben durchgehende Bremsen, System Hardy. Die Lokomotive war mit einer gewöhnlichen Bremse, ferner einer Repressionsbremse per Dampfzylinder und einer Zahnstangennotbremse ausgerüstet. Trotz aller dieser Sicherheitsvorschriften der Einrichtung hat der Lokomotivführer gleich nach der Ausfahrt aus der in der Zahnstangenstrecke liegenden Station Brenk die Herrschaft über den Zug, offenbar infolge unvorsichtigen schnellen Einfahrens in die Gefällstrecke, deren Schienen bei dem regnerischen Herbstwetter schlüpfrig waren, ganz verloren, und ist der Zug mit immer wachsender Geschwindigkeit talwärts gefahren. Am Schluß der Zahnstangenrampe liegt im Gefälle: 1:40 eine ebenfalls noch zur Sicherung mit Zahnstangen belegte Kurvenstrecke von 150 Meter Radius. In dieser Strecke liegt der Viadukt in einer Kurve. Auf dem Viadukt fielen die Talbotwagen, deren Schwerpunkt hoch liegt, infolge der zentrifugalen Wirkung der großen Fahrgeschwindigkeit um, wurden über den Viadukt geschleift und stürzten am Ende des Viadukts über den Böschungskegel hinab, gleichzeitig den Personenwagen umkantend, der weitergeschleift wurde. Der mit großer Geschwindigkeit freilaufende hintere Zugteil, sechs schwere Güterwagen, stürzte mit voller Wucht auf den Personenwagen und zertrümmerte ihn derart, daß nur ein Teil des Untergestells noch erhalten blieb. In Brenk waren im Personenwagen 18 Reisende. Vier waren sofort tot, zwei sind schwer verletzt worden, die übrigen nur leicht verletzt. Der fünfte Tote ist der Zugführer des Zuges, der die Schlußbremse bediente. Bei dem Anprall der Wagen auf den Personenwagen wurde er über die Böschung geschleudert und von einem Tuffsteinblock von der Ladung eines stürzenden Güterwagens zu Tode getroffen. Der Lokomotivführer und der Heizer sind unverletzt. Die Lokomotive und der Packwagen wurden ganz erheblich beschädigt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 27. Oktober bis 2. November 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

14. August. Feuerungshändler W. Meyer.
19. Oktober. Arbeiter C. M. J. J. H. Weidemann. 22. Bierhändler D. G. H. W. Sterlip. Gastwirt M. C. J. Glessing. 23. Güterbodenarbeiter C. E. A. Balzer. 24. Zimmermann J. H. F. Böttger. Expedient H. W. J. Braasch. 25. Gastwirt H. Freese. 26. Hauptlehrer J. T. M. K. A. Möller. Arbeiter E. M. H. Woisin. Nieter F. A. H. J. J. Prösch. 27. Kaufmann J. C. Krause. Arbeiter J. J. H. Hillers. Ingenieur P. F. Rißmann. Maurer J. H. F. Werner. Brauereibesitzer H. H. A. Stamer. 18. Oberlehrer W. H. C. J. Meyer. Tapezier und Dekorateur H. C. H. Wolters. Eisenbahnbremser C. L. C. Goge. 30. Arbeiter J. H. W. Woisin. Arbeiter K. F. W. T. Lange. Arbeiter J. E. J. Kufahl.

2. November. Arbeiter C. F. W. Dettmann.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

13. Oktober. Kaufmann C. A. Remling. 19. Lokomotivführer W. G. Wolter. 20. Arbeiter W. C. C. Mehrpahl. 21. Metalldrucker A. E. Weigert. Schlachter C. F. A. Freitag. 22. Arbeiter E. E. F. Salowsky. 23. Lehrer F. H. Zabel. Zimmermann E. C. H. Höltig. 24. Arbeiter C. L. W. Techen. Schuhmacher P. E. J. P. Heinrich. 25. Klempner F. A. H. Wittfoth. Bäcker H. W. Gehlsen. Krahnführer J. J. F. Schmidt. Nieter H. M. F. Westpfahl. 26. Bahnarbeiter W. K. J. Rehmers. 27. Arbeiter H. W. H. Hamann. 28. Arbeiter H. C. E. Wichmann. Arbeiter J. O. R. Zenner. Handlungsgehilfe C. W. H. Schmidt. 29. Arbeiter J. H. F. Stau (Falkenhusen). 30. Arbeiter J. J. L. Wilms. Kutscher J. H. H. B. Planthaler. Arbeiter H. A. W. Müller.

2. November. Maurer C. L. T. Kugel.

Angeordnete Aufgebote.

28. Oktober. Nieter A. H. F. Bibau und C. F. L. E. W. Berlies. Arbeiter A. Beuck und K. E. M. Langpaap. Schlachter J. M. W. A. Gleiß und M. F. F. Nebermann. Arbeiter Chr. P. Sorensen und C. W. Carstens, beide in Flensburg. Buchhalter W. C. E. H. Grundmann und M. M. J. C. A. Wolgast in Doberan. Ziegeleiarbeiter J. H. G. Blech in Mori und B. C. M. Seemann. 29. Bureaugehilfe Chr. F. W. Schöttler und J. E. E. Benecke, beide in Hamburg. Gärtner K. H. Spoethe in Köln und M. H. Lange in Elmshorn. Kaufmann R. A. C. Neels in Oldesloe und E. F. C. Koch. Barbier L. H. M. Redding und M. Kunz. Arbeiter W. A. H. Schröder und Chr. D. W. Voggensee. Arbeiter J. H. R. Schwarz und M. C. W. Schlichte. Arbeiter J. W. H. Koth und A. J. E. Möller. 30. Nieter F. W. H. Friedrichs und die geschiedene J. D. E. Paarmann geb. Lühr. Kaufmann H. S. J. Paulsen und H. M. Behrs, beide in Flensburg. Maurer B. Arndt und L. Paschke, beide in Gröbnig. 31. Arbeiter J. J. H. Bahr und B. M. J. Kruse. Monteur W. H. E. Rieck und J. Simons in Ichendorf. 1. November. Seemaschinist B. B. Volquardsen in Hamburg und A. H. F. Wilde. 2. Tischler W. F. J. Schwarz und A. E. K. Moll. Schutzmann W. F. H. Grube in Hamburg und F. A. S. Luckmann. Bäckermeister E. F. C. Trepkau und R. M. D. Sparr in Schürenföhlen.

Eheschließungen.

29. Oktober. Tischler J. H. H. Jüris und B. Gotzhein. Seemaschinist F. H. G. Galle und A. W. F. Steffen. Expedient H. A. Chr. Dührkoop und L. J. E. Suhr. Bureaugehilfe bei der Armenanstalt F. J. H. Hamann und E. M. L. Ehlers. 30. Posamentier P. H. E. Oppe und E. L. M. Robra. Buchdrucker M. E. Schicht und M. Gieu. 31. Monteur R. A. Dopychai in Berlin und A. A. E. Kühn in Trems.

1. November. Buchhalter H. A. Müller in Kiel und F. W. D. Lück. Lehrer B. G. J. Hennings und S. E. P. Werner. Arbeiter C. A. M. Hüge und F. J. C. Schüler. 2. Zimmermann H. B. C. Lemcke und E. M. W. Krause. Lehrer K. A. Rieckmann in Groß-Steinrade und E. E. Stavelfeldt. Chauffeur G. D. P. Prüter und H. E. E. Rieck. Lithograph C. H. B. Hoofe in Hamburg und H. Ch. M. Schnoor. Schlachter P. E. F. Schnoor und H. B. Ehrlich. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter H. P. D. Westphal und C. L. Grube. Arbeiter H. G. W. Lüth und E. Chr. J. Glinkemann. Arbeiter F. Kosak und J. Sura. Buchbinder R. P. J. M. Hagen und A. E. W. Hagen. Brenner H. R. W. Krogmann und C. A. B. Guckel. Matrose C. J. F. Kropp und Chr. M. E. Meier. Aufseher W. A. E. Pagel und A. Chr. S. D. Schuldt, beide in Hamburg. Kesselschmied H. J. F. Jacobsen und E. D. F. Benecke. Tischler H. W. F. Möller und E. H. F. Dahmke. Seemaschinist A. E. Chr. H. Füllert und A. A. Hespe.

Sterbefälle.

Oktober 26. Handlungsgehilfe L. A. B. E. Ericson, 21 Jahre. 27. K. H. W. Garber, 1½ M. E. J. M., geb. Seemann, Witwe des Schlossermeisters F. P. H. Techau, 85 J. Tischlergeselle J. H. C. Hinrichs, 39 J. L. F. Ph. Maß 8 M. (Krempelsdorf.) E. D. J. Stehr, 3½ M. 28. Ein totg. Mädchen, V.: Steinmetz W. L. A. Zachow. Hausdiener C. F. W. Eichblatt, 61 J. W. F. J. Gill, 6 J. Chr. C. E. geb. Landau, Ehefrau des Privatmannes A. H. Braasch, 70 J. C. M. M., geb. Busch, Ehefrau des Arbeiters J. H. F. Voß, 69 J. Schlosser H. G. D. Saggau, 65 J. 29. Zimmermann C. L. Hauboldt, 63 J. H. Fürß, 8 M. H. H. Haß, 1 M. 28 T. Hospitalit E. Schröder, 88 J. 30. M. L. A. Schünemann, 10 J. 31. C. M., geb. Oldenburg, gen. Mustin, Witwe des Klempners F. H. W. Nehlsen, 74 Jahre. D. M., geb. Höppner, Ehefrau des Privatmannes J. C. H. Grube, 74 J. Ein totg. Mädchen, V.: Kaufmann L. F. Sandering. Hauptlehrer P. Hempel, 60 J.

November 1. Kaufmann C. F. H. Moll, 28 J. K. H. E. Schunck, 4 M. K. H. J. Lange, 2 T. F. Zielinski, 1 J. M. Kuznik, 22 T. H. C. W. Ditscher, 4 M. F. K. G. Wessel, 3 M. P. F. W. Lühr, 7½ M.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

V. & A.

Mittwoch abend 8½ Uhr.

Montag nachmittag 2¼ Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Tochter **Martha**, im zarten Alter von 7 Monaten. Aufs tiefste betrauert von ihren Eltern **M. Michlinsky** und Frau.

Lübeck, den 4. November 1907.

Turnverein Stockelsdorf und Umgegend.

Nachruf.

Am 2. November starb nach kurzer Krankheit unsere Turngenossin

Helene Dammann.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Abmarsch zur Trauerfeier am Donnerstag, nachmitt. 3 2½ Uhr, vom Vereinslokal.

Der Vorstand.

Für die Gratulationen und Geschenke anläßlich unserer Hochzeit danken herzlich

C. Lemcke und Frau.

Gesucht Arbeiterinnen für die Brauerei.

August Schumacher.

Schuhmachergeselle gesucht.

P. H. Bernhard, Dützerdamm 10.

Tüchtige Leute, auch Frauen, als Abonnentensammler für eine prakt. Frauenzeitschrift sof. ges., Tagesverdienst 6—10 Mk. Meld. Adlerstr. 6a, 9—12, 3—7

Ges. 1 jüngeres Tagesmädchen Fleischhauerstraße 8, im Flügel.

Ein guterhaltener Kinderwagen und ein Krimmerkragen zu verkaufen Waisenhofstraße 23, II.

1 wenig getragenes **Winter-Jackett**, hell, Preis 6 Mk. Segebergstr. 2, 1. Etg.

Ein eigenhändiges Dankschreiben von

M. Harden

liegt zur gefl. Einsicht im Restaurant „Stockholm", Engelsgrube 37, aus.

Mittwoch nachmittag von 4—7 Uhr:
Größeren Posten
gef. Schnauzen, Pfoten, gep. Rippen
das Pfund 20 Pfg.
gleichf. Ochsen- u. Rohrknochen
das Pfund 10 Pfg.
Verkauf nur in der Fabrik Beim Rehteich 14.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik -
Aug. Scheere.

Ein Posten sehr schöne
geräucherte Mettwurst
das Pfund nur 80 Pfg.,
offeriere solange der Vorrat reicht.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
Aug. Scheere.

Detail-Geschäfte:
Holstenstrasse 19. Fernsprecher Nr. 8972.
Breitestrasse 44. Fernsprecher Nr. 8974.
Mühlenstrasse 20. Fernsprecher Nr. 8975.
Hüxstrasse 22—24. Fernsprecher Nr. 8977.
Warendorpstrasse 21. Fernsprecher Nr. 8976.

Derjenige, welcher am Sonnabend abend das Paket mit Drahtseilen aus der elektrischen Bahn entwendet hat, ist erkannt und wird gebeten, dasselbe wieder bei H. Lenkerstorf, Fackenburg, abzugeben, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.

Allerfeinst. Tafelbutter
eigenes Fabrikat.
Pfund 1.40 Mark.
Feinste Meiereibutter
Pfund 1.25 Mark.
Zentral-Molkerei
Rostock.
Verkaufstelle: Breitestrasse 11, Moislinger Alle 2a.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitst. 21

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Möbeln, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. Fischergr. 52.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Versammlung
am Donnerstag, 7. Nov.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 6. Nov.
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

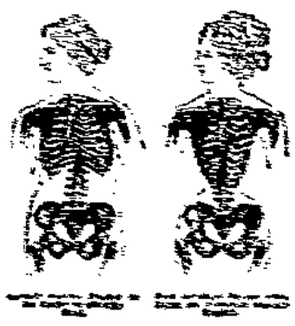
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Dreßler.
2. Quartal Verbandskassenbericht.
3. Kassenbericht.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
Bundesgenossen - Zeitung am Freitag, den 8. November.

Stadt Stockholm
Engelsgrube 87.
heute, Dienstag, den 5. November:
Großes Verschießen
von
fetten Gänsen und Karpfen.
Dazu lädt freundlichst ein
Julius Piehler.

Zur guten Quelle
Hüxstraße 44
Ausspielen
von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
am Sonntag den 9. November.
Anfang 10 Uhr morgens. Eintritt 50 Pf.
Dazu lädt freundlichst ein
Herm. Spittler.

Eine Mark in bar
erhalten Sie, wenn Sie eine Rabattkarte der Firma **Henning von Minden, Schwartau,** beflebt haben, daher kaufen Sie Ihre
Drogen, Seifen, Farben, Lacke, Kolonialwaren
bei **Henning von Minden**
Schwartau, Lübeckerstraße 19.



Burgfeld.
Winklers Anatomie
mit vielen Neuheiten.
Freitag: Damentag.

Gesangverein „Eintracht"
Einladung zum
Vortrags-Abend
mit nachfolgendem BALL
am Mittwoch, den 13. November,
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pfg., eine Dame frei. Ende 2 Uhr.
Mitglieder freien Eintritt.

Zum Vortrag gelangen: **Des Liedes Krystall; Die drei Röselein; 's Herz; Horch; Liebchen mit dem Grübchen; Schlüsselständchen; In der Schenk zum alten Drachen; Ossian.**

Der Vorstand.

Karten sind zu haben bei Wittfoot, Hüxstraße 18; L. Klein, Hüxstraße 94, und im „Vereinshause", Johannisstraße 50-52.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Gr. humorist. Abend
ausgeführt von der Berliner Volkssänger-Gesellschaft „Lewandowsky"
am Freitag, den 8. November 1907
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Anfang abends 8 Uhr. Zutritt für jedermann.
Eintritt inkl. Programm 20 Pfg. a Person.
Kinderkarten a 10 Pfg. sind nur an der Kasse zu haben.

Neu! Neu!
Trombophon-Konzert
am Mittwoch, 6. November
im „Vereinshause", Johannisstr. 50-52.
Anfang 8½ Uhr.
Eintritt 20 Pfg. Programm gratis.
Kinder-Billetts a 10 Pfg. an der Kasse.
Der Apparat ist von der Firma Meyer & Eggert, Königstraße 116.
Vorverkauf im **Vereinshause** und bei den Herren: **L. Klein,** Hüxstraße 94, **M. Fischbern,** Kohl 6, **G. Wittfoot,** Hüxstraße 18.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.
Mitgliederversammlung
am Donnerstag, den 7. Nov.
abends 8½ Uhr,
bei Herrn **C. Schröder,** Lederstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung

Zentral-Verband der Fleischer
und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck).
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 6. Nov.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.
Morgen Mittwoch, den 6. November:
2. Familienball
Otto Luck.

Achtung!

Arbeiter-Radfahrer-Verein Kehrwieder Selmsdorf.

Einladung zum
diesjährigen
Herbst-Vergnügen
verbunden mit Konzert, Herrenpreisschießen, Preiswürfeln, Saalfahren u. nachfolgendem
BALL
am Sonntag, den 10. Nov.
im Lokale des Herrn **Heinrich Witt in Selmsdorf.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Balles 6 Uhr.
Anfang des Saalfahrens 8½ Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintrittspreis f. Herren 1 Mk., eine Dame frei.
Einzelne Dame 25 Pfg.
Auch alle umliegenden Bundesvereine ladet freundlichst ein
Das Fest-Komitee.

Hansa-Theater
Variété I. Ranges.
Täglich große Spezialitäten-Vorst.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium).
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Mittwoch: Keine Vorstellung.
Donnerstag: Zum letzten Male.
Der Trompeter von Säkkingen.
Oper in 4 Akten von V. Neßler.
Freitag: **Der Opernball.**